

# NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

## I N H A L T

Der Kampf um einen festgefügtten Frieden, für das Zusammenwirken der Völker . . . . .	1
N. SCHMELJOW — Die Gewerkschaften in den Ländern der fortschrittlichen Demokratie . . . . .	3
S. GOLUNSKI — Der Prozeß gegen die japanischen Kriegsverbrecher . . . . .	6
L. ROWINSKI — Von gewissen Gegnern der Konsolidierung der sowjetisch-schwedischen Beziehungen . . . . .	11
Internationale Umschau (Notizen) . . . . .	14
Lew OBORIN — Fünf Wochen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands . . . . .	18
N. TSCHERTOWA — In Prag und Bratislava (Reisenotizen) . . . . .	22
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen . . . . .	24
Kritik und Bibliographie:	
N. OSSIPENKO — Die Koreapolitik der USA . . . . .	27
Aus dem Briefkasten der Redaktion . . . . .	30
Chronik der internationalen Ereignisse . . . . .	31

# 18

1. Mai 1947

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

**Schriftleiter: W. Beresin**

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

---



## Der Kampf um einen festgefügtten Frieden, für das Zusammenwirken der Völker

SCHON DAS ZWEITE MAL seit Beendigung des Krieges feiern die Werktätigen aller Länder den 1. Mai unter den Verhältnissen des Friedens.

Der zweite Weltkrieg rückt immer weiter in die Vergangenheit. Aber der Kampf für einen festgefügtten Frieden und ehrliche internationale Zusammenarbeit ist noch nicht beendet. Im Gegenteil, dieser Kampf wird mit unverminderter Anspannung geführt.

Ohne Zweifel sind alle Völker an einem dauerhaften Frieden und freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Leib und Leben interessiert. Ebenso unzweifelhaft ist jedoch auch, daß es in einer Anzahl von Ländern einflußreiche und mächtige Gruppierungen gibt, die das friedliche Zusammenleben der Völker unmöglich machen wollen. Das sind die Kriegsbrandstifter, die neuen Weltherrschaftsprätendenten, die Schrittmacher einer hemmungslosen politischen und ökonomischen Expansion der angelsächsischen Mächte, die Prediger der für die Sache des Friedens gefährlichen Ideen rassistischer Überlegenheit der Angelsachsen.

Die Kriegsbrandstifter sind keine zufällige Erscheinung in der Welt der Gegenwart. Ihre Absichten entspringen den eigennützigen Interessen der amerikanischen und englischen Monopole, die sich am Kriege gigantisch bereichert haben. Diese Kreise möchten, daß an die Stelle des Krieges ein imperialistischer Friede trete, gegründet auf die Knechtung der schwachen Länder, auf die Vergewaltigung und Unterdrückung der Völker. Sie möchten alle Völker der Welt zwingen, der weiteren Mehrung ihrer während des Krieges übermäßig aufgeblähten Profite zu dienen. Sie suchen einen Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten — eine hemmungslose Expansion soll sie retten vor der herannahenden Gefahr der Wirtschaftskrise.

Der Sieg über den Faschismus — die scheußlichste Ausgeburt der internationalen Reaktion — ist der Menschheit teuer zu stehen gekommen. Aber die Lehren des Krieges sind nicht umsonst

gewesen. Im Feuer des Todeskampfes sind die Kräfte der Demokratie gewachsen, ist der Freiheits- und Unabhängigkeitswille der Völker stahlhart geworden, hat sich die internationale Solidarität der Werktätigen, vor allem der Arbeiterklasse, gefestigt.

Die Sowjetunion, die bei der Niederwerfung der faschistischen Aggressoren die entscheidende Rolle gespielt hat, steht auch im Kampf um den demokratischen Frieden an der Spitze. In diesem Kampf gehören die ungeteilten Sympathien und die Unterstützung der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte des Friedens dem Sowjetstaat.

„Die ganze Welt hatte die Möglichkeit, sich nicht nur von der Macht des Sowjetstaates zu überzeugen, sondern auch von dem gerechten Charakter seiner Politik, die auf der Anerkennung der Gleichberechtigung aller Völker, auf der Achtung vor ihrer Freiheit und Unabhängigkeit beruht. Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, daß die Sowjetunion auch in Zukunft ihrer Politik treu sein wird — der Politik des Friedens und der Sicherheit, der Politik der Gleichberechtigung und der Freundschaft der Völker.“ (Stalin.)

Die Völker der befreiten Länder Osteuropas, die entschlossen den Weg der demokratischen Entwicklung beschriftet haben, marschieren Schulter an Schulter mit dem großen Sowjetstaat im Kampf für einen Frieden, der geeignet ist, die Wünsche der einfachen Menschen aller Länder zu befriedigen. Die brüderliche Familie der slawischen Völker, die sich in den Tagen der tödlichen Gefahr zusammengefunden hat, ist nach dem Sieg über den gemeinsamen Feind noch mehr erstarkt. Die Berufsverbände der Arbeiterklasse aller Länder, die sich in der Weltföderation der Gewerkschaften zusammengeschlossen haben, unterstützen aktiv den Kampf für einen demokratischen Frieden, für das freundschaftliche Zusammenwirken der Völker.

Die Weltföderation fordert die ihr angehörigen Organisationen in ihrem Maiaufruf dazu auf,



alle ihre Kräfte aufzubieten zum Kampf gegen die Reaktion; die Ausrottung des Faschismus, in welcher Form er auch zutage treten möge, und die wirkliche Demilitarisierung und Denazifizierung Deutschlands zu verlangen; mit aller Kraft dem spanischen Volk und dem griechischen Volk sowie allen anderen unterdrückten Völkern in ihrem Kampf um die Erringung der demokratischen Freiheiten beizustehen.

Der Sieg der demokratischen Länder im Krieg gegen den Faschismus nötigt die Feinde der Demokratie, sich zu maskieren. Die Helfershelfer und Gönner des Faschismus legen schleunigst die Maske von Demokraten an. In den dreißiger Jahren tarnten Hitler und seine Spießgesellen ihre furchtbaren Absichten mit einem Geschrei über nationale Interessen, während sie in Wirklichkeit ihre Länder den größten nationalen Katastrophen entgegenführten, die deren Geschichte kennt. Heute tarnen die neuen Weltherrschaftsprätendenten ihre gierigen Gelüste durch ebenso verlogene Berufungen auf die Interessen der Demokratie.

Es gibt heutzutage keine einzige in der internationalen Arena verübte Gemeinheit, die diese Imperialisten nicht mit heuchlerischen und öligen Salbadereien über Demokratie zu verhüllen versuchten. Durch solche Wortergüsse maskieren sie sowohl den Feldzug gegen die demokratischen Rechte der Gewerkschaften und der anderen Arbeiterorganisationen als auch die Anschläge auf die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker, und ebenso die Unterstützung der noch nicht beseitigten faschistischen Staatssysteme. Unter der falschen Flagge der Demokratie praktizieren sie eine Politik der Gewalt. Die Demokraten des Dollars verfügen über nicht wenige freiwillige und besoldete Propagandisten. Es ist jedoch jetzt nicht so ganz leicht, die Völker zu betrügen. Es ist angebracht, an die Worte jenes großen Amerikaners zu erinnern, der vor einigen Jahrzehnten gesagt hat, man könne alle Leute einige Zeit betrügen, man könne einige Leute alle Zeit betrügen, aber alle Leute alle Zeit betrügen könne man nicht. Diese Warnung sollten sich auch die jetzigen Träger aggressiver Pläne hinter die Ohren schreiben, die ihre Wolfszähne mit papiernen Deklarationen über Demokratie zu verhüllen versuchen.

Die durch die Erfahrungen des gigantischen Kampfes gegen den Faschismus gewitzigten Völker besitzen heute einen vorzüglichen Kompaß, der ihnen zeigt, wo ihre Freunde und wo ihre Feinde stehen, wer ein Vorkämpfer der Demokratie und wer ihr Gegner ist, der sich heuchlerisch als Freund verstellt. In unserer Epoche erkennt man die Ergebnisse für die Demokratie im

Kampf gegen den Faschismus. Ohne den Kampf für die völlige Vernichtung des Faschismus gibt es keine Demokratie. Dieses Kriterium ist ein untrügliches Mittel zur Entlarvung der Pseudodemokraten, die die Faschisten unterstützen. Diese Pseudodemokraten tragen die Verantwortung dafür, daß der Körper Europas und anderer Kontinente immer noch mit faschistischen Eiterbeulen bedeckt ist. Ihnen die Maske abreißen, ihre wahren Ziele entlarven, heißt die Sache des Friedens, die Sache der internationalen Zusammenarbeit unterstützen.

Wer die Entwicklung der internationalen Beziehungen nach dem Kriege verfolgt, bemerkt unweigerlich, daß die Quelle der Schwierigkeiten und der Unruhe in den Quertreibereien der Kriegsbrandstifter, ihrer Freunde und Helfershelfer steckt. Nur durch den Einfluß der Feinde der internationalen Zusammenarbeit lassen sich die nicht enden wollenden Versuche erklären, den Willen einiger Mächte anderen Mächten aufzuzwingen, obgleich man meinen sollte, es habe sich bereits genügend klar herausgestellt, daß solche Versuche unter den heutigen Verhältnissen zu einem ruhmlosen Scheitern verurteilt sind.

Der Krieg hat nicht wenige ungelöste Probleme hinterlassen, darunter auch solche, die für die weitere Entwicklung Europas, ja der ganzen Welt von wesentlicher und grundlegender Bedeutung sind. Welche Schwierigkeiten auch einer positiven Lösung dieser Probleme in den Weg treten mögen, so gibt es doch unter ihnen kein einziges, das nicht durch eine gemeinsame und koordinierte Politik der großen Siegermächte eine befriedigende Lösung finden könnte. Und umgekehrt — es gibt kein einziges einigermaßen wesentliches internationales Problem in unserer Zeit, das mit irgendwelchen Erfolgchancen durch die selbstverstiegene Politik einseitiger Handlungen, vollzogener Tatsachen und anderer Methoden einer aggressiven Diplomatie, die den berechtigten Interessen anderer Länder nicht Rechnung tragen will, gelöst werden könnte. Nur die freundschaftliche Zusammenarbeit der Völker, gegründet auf die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung, auf volle Achtung für ihre Freiheit und Unabhängigkeit, auf die Berücksichtigung ihrer berechtigten Lebensinteressen, kann einen dauerhaften Frieden sicherstellen.

Die faschistischen Aggressoren haben, auf ihre Macht bauend, das Recht frech und gröblich mit Füßen getreten. Es stellte sich jedoch heraus, daß eine Macht, die nicht vom Recht unterbaut ist, zum Untergang verurteilt ist. Aber die Geschichte weiß, daß auch ein Recht, das nicht von Macht unterbaut wäre, geschändet zu werden



pflügt. In unserer Zeit stehen sowohl die Macht als auch das Recht auf der Seite der demokratischen Völker.

Das Sowjetvolk ist fest und unerschütterlich überzeugt vom vollen Siege der Demokratie über den Faschismus und seine Gönner, von dem unvermeidlichen Zusammenbruch der verbrecherischen Brandstifter eines neuen Krieges. Das von dem großen Stalin geführte Sowjetvolk steigert zuversichtlich das Tempo seiner grandiosen Arbeiten an der Wiederherstellung und weiteren Entwicklung unserer Volkswirtschaft, die unsere sozialistische Heimat noch schöner, reicher und stärker machen wird.

Die Männer und Frauen des Sowjetlandes ver-

folgen mit vollem Mitgefühl das Wachstum und die Konsolidierung der demokratischen Kräfte in allen Ländern. Alle demokratischen Völker sehen ihrerseits mit vollem Recht im Sowjetstaat ein verlässliches Bollwerk des Friedens und der Sicherheit, der Freiheit und der Unabhängigkeit der Völker.

In allen Ländern feiert in diesem zweiten Nachkriegsjahr die viele Millionen zählende Armee der Schaffenden, der Vorkämpfer des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern, ihren 1. Mai unter den Losungen des Zusammenschlusses aller demokratischen Kräfte zum Kampf für die Sache des Friedens, gegen die Brandstifter des Krieges.

## Die Gewerkschaften in den Ländern der fortschrittlichen Demokratie

N. SCHMELJOW

**D**AS NEUE fortschrittlich-demokratische Regime, das nach Kriegsende in einer Reihe europäischer Staaten — in Polen, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien, der Tschechoslowakei, Rumänien — errichtet wurde, schafft äußerst günstige Voraussetzungen für die Entwicklung der politischen Aktivität der Volksmassen. Es sind neue Formen des gesellschaftlichen Lebens entstanden, während manche alte Formen einen neuen Inhalt erhalten haben. So hat sich die Bedeutung der Gewerkschaften, ihre Beteiligung am sozialen und politischen Leben dieser Länder erheblich geändert.

In den Vorkriegsjahren genossen die Völker der erwähnten Länder, mit Ausnahme der Tschechoslowakei, faktisch nicht einmal die elementarsten demokratischen Freiheiten und Rechte. Ein reaktionäres Regime drosselte u. a. auch die Gewerkschaftsbewegung. In einigen Ländern wurden als Gegengewicht gegen die demokratischen Gewerkschaften offizielle Zwangsgewerkschaften aufgezogen. Außerdem machten Dutzende von Parteien der verschiedensten Richtungen, um sich selbst mehr Einfluß zu verschaffen, ihren eigenen Gewerkschaftsclan auf. Die meisten von ihnen dienten nicht den Interessen der Arbeitermassen, sondern der Oberschicht der

verschiedenen bürgerlichen Parteien. Versuche der demokratischen Elemente, die Kräfte der Arbeiterklasse durch die Gründung einheitlicher Massengewerkschaften zu stärken, wurden von den Behörden grausam unterdrückt. Infolgedessen war die Gewerkschaftsbewegung zersplittert und zünftlerisch. In Polen z. B. gab es 343 voneinander isolierte Gewerkschaften und über ein Dutzend Gewerkschaftszentralen.

Die Zersplitterung war der Hauptgrund für die Schwäche der Gewerkschaftsbewegung, sie war ein großes Hindernis im Kampf der Arbeiterklasse für ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte. Bei Kriegsausbruch lösten die Hitlerfaschisten und ihre Handlanger in den von ihnen unterjochten Ländern alle Gewerkschaftsverbände auf und ließen nur die von ihnen selbst geschaffenen Organisationen vom Schlage der Deutschen Arbeitsfront bestehen.

Der Kampf gegen den Hitlerfaschismus und das von ihm errichtete Quislingregime führte den Werktätigen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses besonders deutlich vor Augen. Darum war es nur natürlich, daß die nach Kriegsende wiedererstandenen demokratischen Gewerkschaften vor allem den Zusammenschluß der Gewerkschaftsbewegung und die Liquidierung



des Zunftwesens anstreben. Diese Aufgabe ist heute mit Erfolg gelöst. Die neuerstandenen Gewerkschaften sind nach dem Industrieprinzip aufgebaut. Sie sind im Landesmaßstab vereinigt und besitzen ihre einheitlichen Landeszentralen.

In Jugoslawien gibt es z. B. 26 Gewerkschaften (Verband der Eisenbahner, der Textilarbeiter, der Metallarbeiter, der Bergarbeiter usw.). Sie haben ihre Zentrale, die „Einheitsgewerkschaften Jugoslawiens“. Der Zentralrat der tschechoslowakischen Gewerkschaften erfaßt 21 Industrieverbände. Die 32 bulgarischen Gewerkschaften sind im Allgemeinen Gewerkschaftsbund der Arbeiter Bulgariens vereinigt. In Polen bestehen 38 Gewerkschaften. Sie werden von der Zentralkommission der polnischen Gewerkschaften geleitet.

In den befreiten Ländern Osteuropas sind die Gewerkschaften von unten bis oben nach demokratischen Prinzipien aufgebaut. Ihre leitenden Organe, von den Betriebsräten bis zum Verbandsvorstand bzw. dem leitenden Organ des Gewerkschaftsbundes, werden auf breiter demokratischer Grundlage gewählt. Die Gewerkschaften sind prinzipiell gegen jede Diskriminierung, sei es um der Nationalität, des Glaubensbekenntnisses, der parteipolitischen Richtung willen usw. Das macht sowohl die Gewerkschaftsdemokratie als auch die Gewerkschaftseinheit zu bleibenden Errungenschaften.

Die Gewerkschaften genießen in den Ländern der fortschrittlichen Demokratie volle Freiheit, sie haben ein weites Feld für die mannigfaltigste Betätigung. Die Gewerkschaftsfreiheiten sind als unverbrüchliches Recht der Werktätigen in entsprechenden Gesetzen und Verfassungsartikeln verankert. Aber das ist nur die Hälfte dessen, was notwendig ist. Weiß man doch, daß in vielen Ländern der sogenannten westlichen Demokratie (insbesondere in den USA), die Reaktion trotz der verfassungsmäßigen Garantien die Gewerkschaftsrechte der Arbeiter offen attackiert und den Werktätigen selbst die geringen sozialen Errungenschaften zu nehmen versucht, die sie sich in Jahrzehnten hartnäckig erkämpft haben. Die Regierungsorgane stehen in diesem Kampf aufseiten der kapitalistischen Monopole, und die Ergebnisse des Angriffs der Reaktion gegen die Arbeiterbewegung werden nicht selten gesetzlich verankert.

In den Ländern Osteuropas werden der Gewerkschaftsarbeit von der Staatsgewalt natürlich keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt, im Gegenteil, sie wird in jeder Hinsicht unterstützt. Leuten, deren politischer Horizont nicht über den engen Rahmen der konservativen Begriffe von Demokratie hinausgeht, ist das freilich ungewohnt

und unbegreiflich, obgleich im Grunde nichts natürlicher und fortschrittlicher ist als eben dies.

Eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften in den Ländern der neuen Demokratie ist nach wie vor der Kampf für ein hohes Lebensniveau der Werktätigen. Aber diese Aufgabe wird dort von den Gewerkschaften auf neue Art gelöst. Unter den veränderten sozialen Verhältnissen haben sie neue Formen des Kampfes für dieses Ziel gefunden.

Unter dem alten, volksfeindlichen Regime stießen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Kampf für eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung auf den hartnäckigen Widerstand der Kapitalisten und der Vollstrecker ihres Willens, der reaktionären Regierungen. Diesen war es nur um die Dividenden ihrer Brotherren zu tun. Jetzt ist alles ganz anders. Zu den wichtigsten Aufgaben der fortschrittlichen demokratischen Regierungen gehört die Hebung des Lebensstandards der Werktätigen. Infolge der Nationalisierung der Großindustrie und eines beträchtlichen Teils der mittleren Industrie, des Verkehrswesens und der Banken sowie dank der Liquidierung der Großgrundbesitzerklasse fungieren die Organe der Volksregierungen, die die nationalisierten Unternehmen leiten, jetzt vorwiegend als Arbeitgeber. In der Tschechoslowakei sind (gemessen an der Belegschaftsstärke) 70 Prozent der gesamten Industrie in den Besitz des Staates übergegangen. In Jugoslawien ist der Prozentsatz noch höher.

Deshalb sind auch die Beziehungen zwischen dem Staat und den Vertretern der Interessen der Werktätigen — den Gewerkschaften — von Grund auf anders geworden. An Stelle unversöhnlicher Gegensätze und des ewigen Kampfes ist freundschaftliche Zusammenarbeit mit gemeinsamen Zielen getreten. In den Betrieben des privatkapitalistischen Wirtschaftssektors ist der Kampf der Gewerkschaften für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für die Hebung der materiellen Lage der Arbeiter unvergleichlich wirksamer als früher, da der Staat durch seine fortschrittliche Arbeitsgesetzgebung in erster Linie die Interessen und Rechte der Werktätigen wahrt.

Hieraus erklärt sich, warum die Gewerkschaften in den Ländern der fortschrittlichen Demokratie, die völlig unabhängig vom Staat sind, dennoch von den Staatsorganen allseitig unterstützt werden und ihnen in gleicher Weise helfen, eine Tatsache, die von den Agenten der Reaktion innerhalb der Arbeiterbewegung demagogisch verdreht wird. Aus dieser Stellung zum Staat ergibt sich sowohl die neue, außerordentlich gesteigerte Bedeutung der Gewerkschaften im



sozialen und politischen Leben sowie ihre neuen Aufgaben.

Es wäre natürlich unrichtig, die Gewerkschaften der aufgezählten Länder in bezug auf ihre Reife, ihre Bedeutung und ihren Einfluß im Lande, und besonders in bezug auf ihre konkreten Aufgaben und Betätigungsformen einander völlig gleichzusetzen. Die Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung und der Arbeiterbewegung jedes dieser Länder hat ihre Besonderheiten. Die Hauptaufgaben der Gewerkschaften in den Ländern der fortschrittlichen Demokratie sind jedoch gleichartig.

Worin bestehen diese Aufgaben? Vor allem in der Mobilisierung der in den Arbeitermassen vorhandenen Energien, um die unter dem Krieg geschädigte Wirtschaft schnellstens wiederaufzubauen und fortentwickeln zu können. Unter der Volksherrschaft sind die Werktätigen mit allen Fasern daran interessiert, ihrem Staat möglichst rasch eine starke wirtschaftliche Grundlage zu geben, die die nationale Unabhängigkeit ihres Landes und den Wohlstand des Volkes garantiert. Deshalb fand der Aufruf der Gewerkschaften, alle Kräfte und sein ganzes Können in den Dienst der Aufbaupläne — des Fünfjahrplans der wirtschaftlichen Entwicklung Jugoslawiens, des wirtschaftlichen Zweijahrplans der Tschechoslowakei, des bulgarischen Zweijahrplans, des polnischen Dreijahrplans — zu stellen, bei den Werktätigen auch so lebhaften Widerhall. In der Tschechoslowakei haben sich Millionen von Arbeitern, Angestellten und Geistesarbeitern in die auf Initiative der Gewerkschaften organisierte Hilfskampagne für die Bergwerke und in den patriotischen Wettbewerb für die Erhöhung des Güterumschlags der Eisenbahnen eingeschaltet. Die in Jugoslawien veranstaltete „Woche der Straßeninstandsetzung“ und die Kampagne „Die Stadt dem Dorfe“, der Wettbewerb der bulgarischen Arbeiter, die freiwillige Beteiligung der Massen an der Wiederherstellung von Häusern und Betrieben sowie die Kampagne zur Erschließung der Westgebiete Polens — all das ist charakteristisch für das heutige Leben der Völker, die festen Schritts den Weg der Demokratie eingeschlagen haben.

Ein Beispiel für die neuen Formen der Gewerkschaftsarbeit sind die von ihnen organisierten Massenkampagnen der Arbeiterschaft zugunsten der Bauern. Im Jahre 1946 schufen z. B. die Gewerkschaften Bulgariens 14 238 Arbeitstrupps, denen Facharbeiter, Ärzte, Tierärzte, Schneider, Rechtsanwälte, Schauspieler und Musiker angehörten. Diese Trupps, die 1 370 000 Mitglieder zählten, unternahmen Zehntausende von Fahrten in die Dörfer. In Jugoslawien wurde 1946 eine ähnliche Kampagne — „Die Stadt dem Dorfe“ —

durchgeführt. In Belgrad allein wurden 77 Trupps gebildet. Sie machten 470 Landfahrten und reparierten 81 000 landwirtschaftliche Geräte. Die gegenseitige Arbeitshilfe ist ein starker Hebel zur Festigung der Freundschaft zwischen Arbeitern und Bauern.

Die Umstellung auf Planwirtschaft beseitigt die Gefahr von Überproduktionskrisen. Produktionssteigerung bedeutet unter den veränderten Bedingungen Hebung des Wohlstands des ganzen Landes, Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen. Da die Arbeiter deshalb unmittelbar an der Produktionssteigerung interessiert sind, erachten die Gewerkschaften es als ihre Aufgabe, sich für höhere Arbeitsproduktivität einzusetzen. Das hat nichts mit der kapitalistischen Arbeitsintensivierung gemein. Die Gewerkschaften kämpfen für eine Mechanisierung der Arbeitsprozesse, die den Werktätigen ihre Arbeit erleichtert, für Liquidierung der Stehzeiten, für einen ununterbrochenen Produktionsprozeß, für technischen Fortschritt, für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsschutzes.

Die Methoden, mit denen die Gewerkschaften für die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter eintreten, sind recht verschiedenartig. Sie schließen Kollektivverträge mit den Unternehmern ab, arbeiten ein Sozialversicherungssystem aus und helfen bei seiner Einführung, setzen sich dafür ein, daß die Arbeiter alljährlich bezahlten Urlaub erhalten, daß schwangere Arbeiterinnen (vor und nach der Entbindung) Urlaub bekommen, daß Speisehallen eingerichtet werden, kranke Arbeiter in Sanatorien und Kurorten Behandlung finden, Erholungsheime für Arbeiter geschaffen werden usw. Auf Antrag der Gewerkschaften wurde gleicher Lohn für gleiche Arbeit (für Männer und Frauen) gesetzlich dekretiert. Den polnischen Gewerkschaften stehen 454 Erholungsheime mit 20 000 Plätzen und außerdem noch 18 besonders große Erholungsheime, darunter der Palast des ehemaligen Präsidenten Mościcki, zur Verfügung. Im Sommer 1946 haben in Bulgarien 25 000 Arbeiter und 41 000 Kinder in Erholungsheimen und Sanatorien Erholung und Heilung gefunden.

Der beste Beweis für die Lebensfähigkeit der Gewerkschaften und die Übereinstimmung ihrer Ziele, Aufgaben und Betätigungsformen mit den Lebensinteressen der Arbeiter ist ihr stetiges und rasches Wachstum. Gegenwärtig erfassen die tschechoslowakischen Gewerkschaften 1 878 000 Arbeiter und Angestellte. Die polnischen Gewerkschaften zählen 2 055 000 Mitglieder, d. h. doppelt soviel wie vor dem Krieg. Jugoslawien zählt 800 000 Gewerkschaftsmitglieder. In den Einheitsgewerkschaften Albaniens sind 97 Prozent



aller Arbeiter des Landes vereinigt, die bulgarischen Gewerkschaften haben 500 000 Mitglieder.

Die Gewerkschaften sind in den Ländern der neuen Demokratie eine zuverlässige Stütze des Volksregimes. Sie schließen sich den Blocks der demokratischen Parteien an und bilden gemeinsam mit ihnen die Grundlage der neuen Regierungen, der Volksregierungen. Die Gewerkschaften unterstützen die demokratischen Blocks bei den Parlamentswahlen und helfen die den Interessen der Werktätigen entsprechenden Programme der demokratischen Regierungen verwirklichen. Diese politische Rolle der Gewerkschaften mißfällt den reaktionären Elementen und ihren ausländischen Schutzherrn, die dem demokratischen Regime in den Ländern Ost- und Mitteleuropas die Unterstützung des Volkes entziehen möchten. Deshalb verunglimpfen die Reaktionäre die demokratischen Gewerkschaften, bezeichnen sie verleumderisch als vom Staat kontrollierte Organisationen und fordern die gewerkschaftlich organisierten Massen auf, „sich der Politik fernzuhalten“. Als Beispiel für derartige, gegen

die Interessen der Werktätigen gerichtete Versuche mag das Auftreten Lettrichs, des Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Slowakei, dienen, der drohte, die Demokratische Partei würde, falls die tschechoslowakischen Einheitsgewerkschaften nicht aufhören sollten, sich „mit Politik zu befassen“, eigene Gewerkschaften gründen (was gleichbedeutend wäre mit einer Spaltung der Gewerkschaftsbewegung).

Die Gewerkschaften in den Ländern der neuen Demokratie kämpfen konsequent gegen die Überreste des Faschismus, für einen dauerhaften demokratischen Frieden und für internationale Zusammenarbeit. Sie sind zielbewußte Anhänger der internationalen Arbeitersolidarität und der Einheit der Weltgewerkschaftsbewegung. Deshalb ist es auch völlig logisch, daß sie eine feste Stütze der Weltföderation der Gewerkschaften darstellen. Durch ihre Erfolge und Erfahrungen im Kampf für ein hohes Lebensniveau der Werktätigen und für die völlige Gewährleistung der politischen Rechte der Arbeiterklasse werden sie zweifellos der demokratischen Weltgewerkschaftsbewegung wertvolle Hilfe erweisen.

## Der Prozeß gegen die japanischen Kriegsverbrecher

S. GOLUNSKI

SCHON fast ein Jahr tagt das internationale Kriegstribunal in Tokio. Aber im Gegensatz zum Nürnberger Prozeß, der weithin Beachtung gefunden hat, ist die Tätigkeit des Tokioer Tribunals viel weniger bekannt geworden.

Der Prozeß in Tokio ist wesentlich anders aufgezogen, als es der Prozeß in Nürnberg war. Das Nürnberger Tribunal war durch ein Abkommen von vier Regierungen — der Regierungen der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs — eingesetzt worden. Sowohl das Tribunal selbst als auch die Anklage waren nach dem Prinzip gleichberechtigter Vertretung zusammengesetzt.

Ganz anders steht es um das internationale Kriegstribunal in Tokio. Es ist nicht durch ein internationales Abkommen, sondern durch Befehl

des USA-Generals MacArthur, des Alliierten Oberbefehlshabers in Japan, eingesetzt worden. Im Gerichtshof sind 11 Staaten vertreten: die Sowjetunion, die USA, Großbritannien, China, Australien, Kanada, Frankreich, Holland, Neuseeland, Indien und die Philippinen. Obgleich von den betreffenden Regierungen vorgeschlagen, wurden die Mitglieder des Gerichtshofs dennoch durch Befehl des gleichen MacArthur in ihr Amt eingesetzt. Zum Vorsitzenden des Gerichtshofs ernannte MacArthur den Vertreter Australiens, Sir William Webb.

Auch die Anklage beim Tokioer Kriegstribunal besteht nicht aus gleichberechtigten Anklägern, die von den verbündeten Mächten delegiert wären, sondern aus einem Apparat, der von dem gleichfalls durch Befehl MacArthurs eingesetzten amerikanischen Advokaten Joseph B. Keenen



als Hauptankläger geführt wird. Alles das muß natürlich den Verhandlungen des Tribunals seinen Stempel aufdrücken.

Es stehen 28 japanische Hauptkriegsverbrecher vor ihren Richtern. Man kann die Angeklagten in fünf Gruppen einteilen:

Zur ersten Gruppe gehören führende Staatsmänner Japans, nämlich Hirota, Hiranuma und Tojo, die in den Jahren 1936, 1939 und 1941 resp. den Posten des Ministerpräsidenten bekleideten. Die Daten ihrer Ministerpräsidentenschaft sind recht bezeichnend. Japan schloß 1936 mit Hitlerdeutschland und 1937 mit dem faschistischen Italien den berüchtigten Antikominternpakt, der der erste Schritt war zur Durchführung der Verschwörung der Aggressoren gegen die demokratischen Länder. Im Jahre 1939 erfolgte der verräterische Überfall der Japaner auf das Territorium der Mongolischen Volksrepublik am Halhingol. Im Jahre 1941 erklärte Japan den USA und England den Krieg.

Zu der gleichen Gruppe gehört General Koiso, der Tojo 1944 auf dem Posten des Ministerpräsidenten ablöste, als die Kriegshandlungen eine für Japan unvorteilhafte Wendung nahmen.

Die zweite und zahlreichste Gruppe von Angeklagten besteht aus führenden Männern der Armee und der Flotte Japans, jener frechen Militärkamarilla, die in Japan eine außerordentlich große Rolle gespielt hat. Zu dieser Gruppe gehören 13 frühere Generale und Admirale, unter ihnen General Araki, der anerkannte ideologische Führer des sogenannten jungen Offizierkorps, einer der Verfechter der Aggression gegen die Sowjetunion.

Die dritte Gruppe von Angeklagten besteht aus Diplomaten. Unter ihnen befindet sich General Oshima, der lange Jahre erst Militärattaché und dann Botschafter in Berlin war. Oshima — ein persönlicher Freund Hitlers — war einer der Hauptorganisatoren der japanisch-deutschen Verschwörung gegen die demokratischen Länder überhaupt und gegen die Sowjetunion im besonderen.

Die vierte Gruppe der Angeklagten besteht aus Beamten der Wirtschaftsbehörden, die die japanische Wirtschaft für die Zwecke des Krieges mobil machten und den Verkehr zwischen den Regierungen und den Vertretern der Finanz- und Industriemonopole besorgten.

Die fünfte Gruppe der Angeklagten endlich besteht sozusagen aus Ideologen des japanischen Imperialismus und der Aggression. Zu ihnen gehört insbesondere Oberst Hashimoto, einer der Organisatoren der faschistischen Bewegung in Japan und Verfasser zahlreicher Bücher und

Artikel, die eine aggressive Außenpolitik propagierten.

Ganz für sich steht der Angeklagte Kido, der vor Japans Kapitulation Lordsiegelbewahrer, d. h. nächster Ratgeber des Kaisers war. Kido ist unter den Angeklagten der einzige Vertreter der höfischen Kreise, die sich den Anschein gaben, als ob sie gegen die Exzesse der Militärkamarilla seien, und es vorzogen, sich hinter den Kulissen der politischen Bühne zu halten, in Wirklichkeit aber konsequent und systematisch die aggressive Politik unterstützten und anstachelten.

So sieht die Anklagebank aus. Man erkennt auf den ersten Blick, daß hier noch viele der Elemente fehlen, die die japanische Aggression hervorgerufen und unterstützt haben. Insbesondere ist hervorzuheben, daß Vertreter der Zaibatsu, d. h. der größten Vereinigungen des Monopolkapitals, unter den Angeklagten völlig fehlen. Indessen war der Einfluß, den die großen Kapitalistenkonzerne auf Japans gesamtes politisches Leben ausübten, außerordentlich groß. Gerade sie waren die Haupttriebkraft der räuberischen Aggression.

Überall, wo die japanischen Truppen auftauchten, folgten ihnen die Fangarme der monopolistischen Riesenpolypen. Unverzüglich wurden auf allen okkupierten Territorien besondere Organisationen zwecks Ausbeutung der eroberten Hilfsquellen geschaffen. Sie plünderten hemmungslos die örtlichen Reichtümer und saugten der Bevölkerung alle Säfte aus. Die Verbindung dieser Konzerne mit der japanischen Aggression, der Vorteil, den sie aus dem von ihnen angezettelten aggressiven Kriege zogen, liegen auf der Hand. Dennoch gibt es unter den Angeklagten keinen einzigen Vertreter der monopolistischen Oberschicht Japans.

Ein eigenartiges Bild bietet die Verteidigung in dem Tokioer Gerichtsverfahren. In Nürnberg wurden die Angeklagten von deutschen Advokaten verteidigt. Deshalb war niemand besonders erstaunt, wenn die Verteidiger alle möglichen Tricks anwandten, um Schwarz als Weiß auszugeben und ihre Schützlinge zu schirmen, oder wenn sie Argumente ins Feld führten, die aus dem Goebbelsarsenal entlehnt waren. In Tokio hat jeder Angeklagte ebenfalls seinen japanischen Verteidiger. Gleichzeitig aber treten mehrere Dutzend amerikanischer Advokaten, die auf Staatskosten speziell aus den USA berufen worden sind, als Verteidiger auf. Ein Teil dieser Advokaten trägt die Uniform der amerikanischen Armee; das hindert sie jedoch nicht, Japan als ein Opfer hinzustellen, das gezwungen gewesen sei, sich gegen „Einkreisung“ zu verteidigen. Viele dieser amerikanischen Verteidiger käuen



die abgedroschenen Argumente der japanischen Propaganda aus der Kriegszeit wieder und überbieten sich in verleumderischen Ausfällen gegen die Sowjetunion.

Die Anklageschrift umfaßt den Zeitraum von 1928 bis 1945. Aber ohne es zu wollen, muß das Tribunal auch Ereignisse berühren, die sich vor dieser Periode abgespielt haben. Es kann z. B. nicht an der Tatsache vorübergehen, daß der verräterische Überfall Japans auf Port Arthur im Jahre 1904, der bekanntlich ohne Kriegserklärung erfolgte, das Vorbild war für den ebenso gearbeteten Überfall auf Pearl Harbour im Jahre 1941. Das Tribunal konnte auch nicht ignorieren, daß die massenhafte Erschießung von Zivilpersonen, die Einäscherung von Dörfern und andere Mittel des Massenterrors, die die Japaner im sowjet-russischen Fernen Osten während der Intervention von 1918—1922 praktizierten, auf erweiterter Stufenleiter in China, auf den Philippinen und in anderen Gebieten, die Japan von 1937 bis 1945 besetzte, wiederholt wurden.

Es ist durch dokumentarisch erhärtete Tatsachen und Zeugenaussagen vor Gericht bewiesen worden, wie in Japan während der ganzen von der Anklageschrift erfaßten Periode, d. h. von 1928 an, die dort vorhandenen Elemente der Demokratie systematisch vernichtet wurden. Der Staatsapparat Japans wurde nach faschistischem Muster umgebaut, und jeder Versuch, sich der Entwicklung des japanischen Imperialismus und Faschismus zu widersetzen, wurde mit den schonungslosesten Maßnahmen unterdrückt. Anfänglich waren diese Terrormaßnahmen gegen die politischen Parteien der Arbeiterklasse und gegen die Gewerkschaften gerichtet. Sehr bald aber erstreckten sie sich auch auf jene gemäßigten Elemente, die wenn auch schüchtern den Versuch machten, ihre Proteststimme gegen den Terror innerhalb des Landes und die Aggression in der Außenpolitik zu erheben. Der Tokioer Prozeß bestätigt noch einmal, und das ist sehr lehrreich, daß Terror gegen die demokratischen Elemente innerhalb des Landes und Aggression in der Außenpolitik zwei Seiten ein und derselben Medaille sind.

Die dem Tribunal unterbreiteten Beweismittel malen ein anschauliches Bild davon, wie die Doktrin der japanischen Imperialisten verwirklicht wurde. Der erste bedeutsame Aggressionsakt, der den Angeklagten zur Last gelegt wird, ist die Besetzung der Mandschurei im Jahre 1931 und die Organisation eines als Mandschukuo bezeichneten Marionettenstaates auf ihrem Territorium. Kennzeichnenderweise existierte in Japan zu dieser Zeit eine sogenannte liberale Regierung mit Wakatsuki an der Spitze in der Shidehara,

jetzt japanischer Minister ohne Portefeuille, den Posten des Außenministers bekleidete. Alle beide — Wakatsuki und Shidehara — sind als Zeugen vor dem Tribunal aufgetreten.

Nachdem sie sich in der Mandschurei festgesetzt hatte, begann die von den imperialistischen Kreisen Tokios unterstützte japanische Militärkamarilla ihre weitere Aggression gegen China zu entfalten, wobei sie gleichzeitig zum Überfall auf die Sowjetunion rüstete. Im Jahre 1936 war die japanische Armee unmittelbar an die Grenze der Mongolischen Volksrepublik herangerückt, die nun von einer direkten Aggression bedroht wurde.

In dieser Situation wurde im März 1936 ein Beistandspakt zwischen der Mongolischen Volksrepublik und der Sowjetunion abgeschlossen. Die Sowjetregierung gab gleich damals Japan offiziell bekannt, daß die Sowjetunion im Falle eines japanischen Angriffs auf die Mongolische Volksrepublik dieser mit ihren Streitkräften zu Hilfe kommen werde. Das veranlaßte die japanischen Aggressoren, sich die Sache zu überlegen, ohne daß sie jedoch auf ihre aggressiven Pläne verzichteten. Ihnen wurde klar, daß ein weiterer Vormarsch sowohl nach Westen, gegen die Mongolische Volksrepublik, als auch nach Süden, gegen China, große militärische Operationen notwendig machte. Bevor sie sich zu derartigen Operationen entschlossen, wollten sich die japanischen Imperialisten der Unterstützung anderer aggressiver Staaten versichern.

Damals, am 25. November 1936, wurde der berühmte Antikominternpakt geboren. Dem Tokioer Gericht sind Dokumente vorgelegt worden, die den wahren Sinn dieses Paktes enthüllen. Die Anklagevertreter der Sowjetunion legten dem Tribunal eine Niederschrift der Unterredung vor, die im Jahre 1931 der damalige japanische Botschafter in der Sowjetunion, Hirota, und ein Vertreter des japanischen Generalstabs, Generalmajor Harada, in Moskau miteinander führten. Während dieses Gesprächs erklärte Hirota dem General Harada:

„Ich bitte, dem Chef des Generalstabs folgende Angelegenheit besonders mitzuteilen. Abgesehen davon, ob Japan gegen Sowjetrußland Krieg führen wird, ist es notwendig für Japan, eine feste Politik (strong policies) gegenüber Sowjetrußland zu treiben und jeden Augenblick zum Kriege bereit zu sein. Sein Hauptziel ist nicht Verteidigung gegen den Kommunismus, sondern eher die Eroberung Ostsibiriens.“

Somit hat der gleiche Hirota, der japanischer Ministerpräsident war, als der Antikominternpakt abgeschlossen wurde, selbst zugegeben, daß das Geschwätz über ideologischen Kampf gegen den Kommunismus nichts anderes war als eine Maskierung der aggressiven Annexionsabsichten



Japans. Zehn Jahre später, am 23. Februar 1941, urteilte Ribbentrop, der Vertreter der anderen Seite in diesem Kuhhandel der internationalen Räuber, über den Antikominternpakt in gleicher Weise. In einer Unterredung mit dem japanischen Botschafter Oshima sagte Ribbentrop, Japans Freundschaft habe es Deutschland ermöglicht, nach dem Abschluß des Antikominternpakts aufzurüsten, und auf der anderen Seite habe Japan tief in die englische Interessensphäre in China eindringen können.

Nachdem Japan sich der Unterstützung Deutschlands versichert hatte, begann es seine Offensive gegen China, die in den Plänen der japanischen Regierung als eine Vorbereitungsmaßnahme für den Überfall auf die Sowjetunion angesehen wurde. Vor dem Tribunal figurierte als Beweismittel ein streng vertraulicher Beschluß der japanischen Regierung vom 7. August 1936 über „Die Außenpolitik des Imperiums“. In diesem Beschluß wird u. a. folgendes gesagt:

„In Anbetracht des jetzigen Zustands der Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion, wird es als wichtigster Punkt des praktischen Schemas für China angesehen, zunächst Nordchina sofort in einen für Japan und Mandschukuo und gegen den Kommunismus eingestellten Spezialdistrikt zu verwandeln, ... um ganz China antisowjetisch und projapanisch zu machen.“

Auf dem Tokioer Prozeß ist bewiesen worden, daß die Japaner während der ganzen von der Anklageschrift erfaßten Periode an Plänen arbeiteten, um Sowjetterritorium an sich zu reißen, und daß sie diese Pläne offen propagierten.

Schon 1927 arbeitete Kanada, ein namhafter japanischer Nachrichtenoffizier in der Mandschurei, einen umfassenden Plan für die sowjetfeindliche Spionage- und Sabotagetätigkeit aus, den er dem Generalstab Japans unterbreitete. Dieser Plan sah eine Anzahl von Maßnahmen vor, die das Ziel verfolgten, nationalen Hader innerhalb der Sowjetunion zu provozieren, feindselige Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihren westlichen und südlichen Nachbarstaaten zu schaffen, in der Sowjetunion die Transportmittel, das Post- und Fernmeldewesen zu zerstören usw.

Die sowjetische Anklage hat dem Tribunal eine Anzahl von Beweisen dafür vorgelegt, wie Japan versucht hat, die in diesem Plane angegebenen verbrecherischen Handlungen zu verwirklichen. So wurden seit der Besetzung der Mandschurei durch die Japaner vom Grenzschutz der Sowjetunion 3666 Fälle registriert, wo japanische Geheimagenten, mit Waffen, Sprengstoffen und Instrumenten für die Zerstörung von Eisenbahnstrecken ausgerüstet, auf Sowjetterritorium hinüberexpediert wurden. Diese ganze Wühlarbeit

war eines der Mittel zur Vorbereitung des militärischen Überfalls auf die Sowjetunion.

Unverkennbar haben die Führer des japanischen Imperialismus ihre Kräfte überschätzt und die Stärke des Sowjetstaates unterschätzt. Im Jahre 1938 unternahmen sie den ersten Versuch, die Kraft der japanischen Waffen zu erproben, und brachen in der Gegend des Hassansees in die Sowjetunion ein. Der Ausgang dieses Abenteuers ist bekannt: die japanischen Truppen, die die Grenze überschritten hatten, wurden von der Sowjetarmee zermalmt. Großen Eindruck auf alle bei der Gerichtsverhandlung Anwesenden, besonders auf die Japaner, machte die Aussage des Generals Tanaka, der während der Kämpfe bei Hassan die gesamte Artillerie kommandierte. Tanaka gab an, die Japaner seien bis dahin gewohnt gewesen, in Zusammenstößen mit den schlecht bewaffneten chinesischen Truppen leichte Siege zu erröchten, weshalb unter den Offizieren der Glaube an die Unbesiegbarkeit der japanischen Armee Verbreitung fand. In den Kämpfen bei Hassan, so sagte Tanaka, habe er zum erstenmal begriffen, was es heißt, mit einer wirklich modernen Armee zu tun zu haben, und sich davon überzeugt, daß die Niederlage, die die japanischen Truppen erlitten, kein Zufall war.

Die Führer der japanischen Armee und der Tokioer Regierung jedoch begriffen das nicht. Ein Jahr später wiederholten sie bekanntlich den Versuch eines bewaffneten Überfalls auf die Sowjetunion — diesmal über das Territorium der Mongolischen Volksrepublik am Halhingol. Der Gang der Ereignisse und ihr Ausgang sind ebenfalls bekannt — die besten Divisionen der Kwantungarmee, die in dieses Abenteuer hineingejagt wurden, wurden von den Truppen der Sowjetunion und der Mongolei aufs Haupt geschlagen. Die Niederlage war so empfindlich, daß sie den Führern der japanischen Aggression lebhaft im Gedächtnis blieb. Zwei Jahre später, im Herbst 1941, erklärten der deutsche Botschafter in Japan, Ott, und der Militärattaché Kretschmar in einem aus Tokio nach Berlin gerichteten Telegramm Japans Schwankungen in der Frage des Eintritts in den Krieg gegen die Sowjetunion damit, in der japanischen Armee seien die Erinnerungen an den Halhingol lebendig.

Allein die Zertrümmerung der Kwantungarmee am Halhingol veranlaßte die japanischen Imperialisten nicht, auf ihre Eroberungspläne zu verzichten. Das bestätigten die dem Tribunal unterbreiteten Dokumente. Japan pflog aktive Verhandlungen mit Deutschland und Italien über den Abschluß eines Militärbündnisses, die 1940 mit der Unterzeichnung des sogenannten Dreierpaktes endeten.



Von der Unterzeichnung dieses Paktes an waren die Führer der japanischen Aggression der Auffassung, der Krieg gegen die Sowjetunion müsse begonnen werden, sobald Japans Handlungen im Osten durch Kriegshandlungen Deutschlands im Westen Unterstützung fänden. Hierüber verhandelte Matsuoka in Berlin.

Auf der Rückreise nach Japan machte Matsuoka in Moskau halt, wo er mit der Sowjetunion einen Neutralitätspakt abschloß. Eine ganze Anzahl von Dokumenten, die dem Kriegstribunal in Tokio vorgelegt worden sind, beweisen, daß weder Matsuoka persönlich noch die anderen Drahtzieher der japanischen Aggression selbst in dem Augenblick, wo sie den Pakt unterzeichneten, die Absicht hatten, ihn einzuhalten. Sie waren bestrebt, die Sowjetregierung wegen der fernöstlichen Sowjetgrenze in Sicherheit zu wiegen und sie zu veranlassen, ihre Truppen vom Fernen Osten abzuziehen.

Das Doppelspiel der japanischen Imperialisten war der Sowjetregierung schon damals klar. Dennoch ließ sie sich auf den Abschluß des Paktes ein, da die Weigerung, ihn zu unterzeichnen, nur den japanischen Kriegsbrandstiftern in die Hände gearbeitet hätte. Aber trotz der Unterzeichnung des Neutralitätspakts schwächte die Sowjetregierung auch nach dem wortbrüchigen Überfall Hitlers nicht die Verteidigung der fernöstlichen Grenzen der Sowjetunion.

Seit Anfang 1941 wurde in Japan die politische Vorbereitung auf einen Krieg gegen die Sowjetunion verstärkt betrieben. Die sogenannte Gesellschaft zum Studium der Staatspolitik (Kokusaku Kenyu Kai) verfaßte unter unmittelbarer Beteiligung des Kriegsministeriums und des Kolonialministeriums ein Dokument, betitelt „Plan für die Verwaltung von Territorien in der gemeinsamen Prosperitätssphäre Großasiens“. In diesem Plan gab es einen Abschnitt „Die Zukunft der Sowjetterritorien“, worin folgendes zu lesen stand:

„Obgleich dieses Problem gegenwärtig nicht leicht zu lösen ist, da es entsprechend dem japanisch-deutschen Pakt zu regeln bleibt, sollen die Küstenprovinzen von Japan annektiert, die an das Mandchurische Reich anschließenden Distrikte in die Einflußsphäre dieses Landes einbezogen und die Transsibirische Eisenbahn unter die völlige Kontrolle Japans und Deutschlands gestellt werden, wobei Omsk den Demarkationspunkt bilden wird.“

Wie aus diesem Dokument zu ersehen, träumten die japanischen Imperialisten von nicht mehr und nicht weniger als von der völligen Aufteilung der Sowjetunion zwischen Japan und Deutschland. Trunken gemacht durch die anfänglichen Erfolge des räuberischen Überfalls Hitlers auf

die Sowjetunion und dann auch durch die eigenen Erfolge im Pazifikkrieg, argwöhnten sie nicht einmal, daß Deutschland und Japan niedergeworfen werden würden.

Im Laufe der ganzen letzten Junidekade 1941 hielten die Staatsmänner und Militärs in Tokio fieberhafte Beratungen ab, die durch eine Sitzung unter dem persönlichen Vorsitz des Kaisers am 2. Juli 1941 gekrönt wurden. Die Beschlüsse dieser Beratung liegen dem Tribunal vor. In ihnen heißt es, Japan werde sich die entstandene Situation zunutze machen, um eine Offensive in südlicher Richtung — zwecks Vollendung des Krieges in China — zu entfalten. Hinsichtlich der Sowjetunion aber wurde in dem Beschluß folgendes gesagt:

„Obgleich der Geist der Dreipartnerachse die Grundnote unserer Haltung gegenüber dem Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion angeben wird, werden wir uns eine Zeitlang nicht in ihn einmischen, wohl aber freiwillige Maßnahmen ergreifen, indem wir insgeheim die Waffen gegen die Sowjetunion vorbereiten... Inzwischen werden die diplomatischen Verhandlungen mit genauen Vorsichtsmaßregeln fortgesetzt werden; und sollten die Bedingungen des Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion sich weiter günstig für Japan entwickeln, so werden wir von den Waffen Gebrauch machen, um die nördlichen Probleme zu regeln, wodurch wir uns in den nördlichen Regionen Stabilität sichern.“

Bald jedoch wurde es klar, daß der Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion sich nicht zugunsten Japans entwickelte. Die Machthaber in Tokio verlangten von den Deutschen Erklärungen. Hierzu sagte der Angeklagte Oshima aus:

„Etwa Ende Juli oder Anfang August 1941 erfuhr ich von der Verlangsamung des Vormarschtempo der deutschen Armee. Der Vormarsch ging nicht dem Plan entsprechend weiter. Moskau und Leningrad wurden nicht, dem deutschen Plan entsprechend, genommen. Ich ersuchte Ribbentrop um Informationen über diesen Umstand. Ribbentrop lud Keitel ein, um die Sache zu erklären. Keitel erzählte mir, die Verlangsamung des Vormarschtempo der deutschen Armee sei durch die übermäßige Länge der Nachschubwege und durch das Nachhinken der rückwärtigen Verbände verursacht, und das sei der Grund, weshalb der Vormarsch der deutschen Armee um etwa drei Wochen hinter dem Plan zurückbleibe.“

Die Fristen für den Überfall Japans auf die Sowjetunion mußten hinausgeschoben werden. Trotzdem bemühten sich die japanischen Imperialisten, nach Maßgabe ihrer Kräfte Hitler zu helfen. Durch die Konzentration gewaltiger Kräfte an der Sowjetgrenze zwang Japan die Sowjetunion, im Fernen Osten Truppen zu halten, die sonst im Krieg gegen Deutschland hätten verwendet werden können. Auch die Führer der Hitlerbande selbst erkannten diese Hilfe an. In



einem an die deutsche Botschaft in Tokio gerichteten Telegramm vom 15. Mai 1942 schrieb Ribbentrop, wenn Japan nicht über genügende Kräfte verfüge, um im Fernen Osten gegen die Sowjettruppen kämpfen zu können, so sei es besser, gegenüber der Sowjetunion neutrale Beziehungen aufrechtzuerhalten. Ribbentrop fuhr fort, das werde auch Deutschlands Mühe erleichtern, da Rußland jedenfalls Truppen in Ostsibirien halten müsse, um für einen japanisch-russischen Konflikt gerüstet zu sein.

Als das hitlerfaschistische Deutschland geschlagen war und bedingungslos kapituliert hatte, da wurde es sogar den japanischen Politikern, die eine verblüffende politische Kurzsichtigkeit gezeigt hatten, und den japanischen Unglücksstrategen, die kein einziges Mal den Gang der Kriegshandlungen richtig vorausgesagt hatten, einigermaßen klar, daß es mit der „Neuordnung“ in Europa ein für allemal vorüber war. Sie ersuchten die Sowjetregierung um Vermittlung. Vermittlung bedeutete Verhandlungen, Verhandlungen aber mit einem Trumpf wie die unberührte millionenstarke Kwantungarmee hätten ihnen die Möglichkeit gegeben, irgend etwas zu erschachern. Solche Verhandlungen wären ein Kuhhandel mit dem Aggressor gewesen. Die Sowjetunion lehnte die von der japanischen Regierung vorgeschlagene Vermittlerrolle ab, und, ihrer Verbündetenpflicht getreu und gewillt, die Beendigung des Krieges, in dem die Mensch-

heit schon sechs Jahre lang ihr Blut vergoß, mit allen Mitteln zu beschleunigen, erklärte sie den japanischen Landräubern den Krieg.

Es bedurfte des zerschmetternden Schlages der Sowjetarmee gegen die in der Mandschurei konzentrierten japanischen Elitetruppen, damit die verstiegenen japanischen Imperialisten endlich begriffen, daß sie den Krieg verloren hatten. Sie begriffen, daß sie geschlagen waren, aber bis auf den heutigen Tag geben sie nicht zu und wollen sie nicht zugeben, daß sie ein Verbrechen begangen haben. Wie aus einem Munde erklären sie alle vor Gericht, daß sie sich in keiner Weise für schuldig halten. Eine solche Stellungnahme der japanischen Hauptkriegsverbrecher unterstreicht noch einmal, daß sie, wenn sie sich auf freiem Fuße befänden, wenn die notwendigen Mittel in ihren Händen verblieben wären, wiederum gerade so handeln würden, wie sie bisher gehandelt haben.

Der Tokioer Prozeß hat vor der Weltöffentlichkeit die Verbrechen der japanischen Kriegsschuldigen, der Anstifter des zweiten Weltkrieges, festgestellt. Dieser Prozeß hat somit der Sache der Festigung des allgemeinen Friedens bereits bedeutenden Nutzen gebracht. Sache des Tribunals ist es jetzt, sein Urteil zu fällen und für die Handlungen der Angeklagten, die von der Geschichte und von den demokratischen Völkern der ganzen Welt bereits streng verurteilt worden sind, juristische Klassifizierung zu finden.

## Von gewissen Gegnern der Konsolidierung der sowjetisch-schwedischen Beziehungen

(Eine Auslandspresseschau)

L. ROWINSKI

AM 7. APRIL brachte „Aftonbladet“ in Stockholm eine sensationelle Schlagzeile: „Die Sowjetunion verkauft hier schwedische Waren an schwedische Käufer“. In dem unter dieser Überschrift folgenden Artikel war zu lesen:

„Die Sowjetunion hat einen ‚Kramladen‘ im Freihafen von Stockholm aufgemacht, wo Vertreter der Sowjetunion direkt von den Lagern für bares Geld mit einem Aufschlag von nicht weniger als 80 Prozent Waren verkaufen, die Schweden entsprechend dem russisch-schwedischen Vertrag auf Kredit nach der Sowjetunion

zu exportieren verpflichtet ist. Somit werden die Waren überhaupt nicht über die Ostsee transportiert, sondern auf den schwedischen Markt zurückgebracht, wobei den Waren diesmal ein russisches Etikett aufgeklebt ist.“

Weiter teilte „Aftonbladet“ mit, es handle sich um Elektromotoren, die die schwedische Firma Asea zum Preise von je 300 Kronen an die Sowjetunion liefere. Diese Motoren verkauften die Russen, so hieß es, von ihren Lagerhäusern im Stockholmer Hafen für 540 Kronen...



Während des Krieges war „Aftonbladet“ das wichtigste Sprachrohr des deutschen Faschismus in Schweden. Es hat in allen möglichen Fälschungen keine geringen Erfahrungen gesammelt. Diesmal jedoch können die Freunde und Gönner des „Aftonblad“ ihrer Zeitung nicht zu einem Erfolg ihrer neuen Falschmeldung gratulieren. Man sagt, Lügen hätten kurze Beine. Die neue Lüge des „Aftonblad“ aber ist nicht nur kurzbeinig, sondern auch kopflos.

Ist es doch in Schweden sehr wohl bekannt, daß die Vertreter der Sowjetunion nicht nur keine Asea-Elektromotoren im Stockholmer Hafen verkauft haben, sondern daß sie sie auch nicht verkaufen konnten — weder in Stockholm noch an irgendeinem anderen Ort —, und zwar schon aus dem ganz einfachen Grunde, weil die Firma Asea der Sowjetunion noch keinen einzigen Motor geliefert hat.

Die schwedischen Behörden haben die Mitteilung des „Aftonblad“ offiziell dementiert. Trotzdem wurde das Thema vom „Verkauf schwedischer Elektromotoren durch die Russen“ alsbald von „Dagens Nyheter“ und einigen anderen schwedischen Zeitungen aufgegriffen. Der Abgeordnete Norup vom sogenannten Bauernbund (Bondeförbundet) trat sogar im schwedischen Riksdag mit einer besonderen Erklärung über die Angelegenheit auf. Nach Wiederholung der Erfindung des „Aftonblad“ erhöhte Norup im Vorbeigehen den Preis, zu dem „die Russen Asea-Motoren verkaufen“, auf 800 Kronen.

Die Leichtigkeit, mit der ein Teil der schwedischen Presse die provokatorische Falschmeldung des „Aftonblad“ aufgegriffen hat, ist keine zufällige und isolierte Erscheinung. Schon ungefähr ein Jahr wird eine Kampagne geführt, die darauf gerichtet ist, die von der Sowjetunion und Schweden abgeschlossenen Kredit- und Handelsabkommen zu diskreditieren. Diese Kampagne begann bereits, bevor diese Abkommen noch unterzeichnet waren.

Seit dem Frühjahr 1946 veröffentlichten „Dagens Nyheter“, „Stockholms Tidningen“, „Expressen“ und eine Anzahl anderer Zeitungen serienweise Artikel über alle möglichen Schrecken und Mißgeschicke, die die Entwicklung der schwedisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen heraufzubeschwören drohe. Sehr groß ist die Auswahl der Folgen, mit denen „Dagens Nyheter“ und ihre Bruderblätter in der Agitation gegen die Ratifizierung des Kreditabkommens die Leser zu schrecken versuchten: Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung, Inflation, Einstellung der Elektrifizierung der Eisenbahnen, allgemeine Schwächung der Volkswirtschaft.

Der Chefredakteur Tingssten von den „Dagens Nyheter“, ein in der Öffentlichkeit als, milde gesagt, nicht übermäßig ehrenhafter Journalist bekannter Mann, bemühte sich hartnäckig, seinen Lesern einzureden, der „Sowjetmarkt“ sei „provisorisch und konjunkturbedingt“, die Sowjetunion sei „ein unzuverlässiger Partner“ und was dergleichen wissentlicher Unsinn mehr ist.

Diese böswillige Kampagne verfehlte ihr Ziel. Allzu augenscheinlich war die Unstichhaltigkeit der von ihren Anstiftern ausgeheckten Beweisgründe gegen das Abkommen. Allzu augenscheinlich waren — selbst für viele Vertreter der Geschäftskreise, denen Sympathien für unser Land ganz fremd sind — die Vorteile, die die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion der schwedischen Industrie verschafft.

Bekanntlich wurden die kommerziellen Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Schweden im Oktober 1946 durch die Unterzeichnung eines Kreditabkommens abgeschlossen, dem zufolge Schweden der Sowjetregierung einen Kredit in Höhe von 1 Milliarde Kronen einräumt. Dieser Kredit wird im Laufe von fünf Jahren ausgenutzt werden, um die Sowjetbestellungen in Schweden zu bezahlen. Auch eine Liste schwedischer Lieferungen auf Grund dieses Kredits wurde aufgestellt, in der hauptsächlich verschiedene Arten von Maschinenanlagen, darunter auch für Wasserkraftwerke und Dampfkraftwerke, figurieren. Eine allgemeine Verständigung wurde auch über andere Fragen des Warenaustausches zwischen den beiden Ländern erzielt.

In der großzügigen Erörterung der schwedisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen, die sowohl vor als auch nach der Unterzeichnung des Abkommens vorstatten ging, hat die Presse die Bedeutung dieser Beziehungen für Schweden eingehend beleuchtet. So z. B. wurde vermerkt, daß der schwedische Export im Sommer 1946 nur die Hälfte des Vorkriegsexports betragen hat. Der Maschinenexport, von dem hauptsächlich in dem Abkommen die Rede war, belief sich auf nur 17 Prozent der Erzeugung gegenüber 30 Prozent vor dem Kriege. „Svenska Dagbladet“, ein Blatt der Konservativen Partei, erklärte folgendes:

„Jeder schwedische Industrielle hat sich restlos die Vorteile klargemacht, die unserem Lande und der schwedischen Industrie aus der Erweiterung der Handelsverbindungen mit dem Osten erwachsen, denn die Erfahrungen zeigen, daß die Sowjetunion sich als Handelspartner volles Vertrauen erworben hat.“

Die sozialdemokratische „Ny Tid“ schrieb:

„Für die schwedische Industrie ist die rechtzeitige Vorbereitung von Auslandsmärkten eine Lebensfrage. Einen Teil der uns während des Krieges verlorengegangenen Märkte können wir zurückgewinnen, aber



einige von ihnen werden wir nicht zurückerhalten können; deshalb müssen wir statt ihrer andere Märkte suchen... Wichtig ist, daß wir endlich bemüht sind, den Handel mit dem Osten zu entwickeln... Schweden muß als Nachbar des riesigen Landes der natürliche Handelspartner der Sowjetunion sein."

„Finanstidningen“, eine Zeitschrift der Geschäftskreise, sprach sich in folgender Weise aus:

„Die Perspektiven einer folgerechten Erweiterung des Warenaustausches mit der Sowjetunion fallen durchaus zusammen mit den schwedischen Interessen... Die Herstellung bester Wirtschaftsbeziehungen mit dem Sowjetmarkt bietet für Schweden unbedingt ein Lebensinteresse.“

„Sowohl offizielle Kreise als auch Vertreter des schwedischen Wirtschaftslebens betonten wiederholt, daß wir ein großes Interesse haben an der Erweiterung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion. Dieses Bestreben besteht schon lange, aber gegenwärtig ist es stärker bemerkbar geworden. Die Herstellung einer stabilen und ständigen Grundlage für den schwedisch-russischen Handel war in Wirklichkeit stets eine der wichtigsten Aufgaben der schwedischen Handelspolitik nach dem Kriege. Sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft wollen wir uns nicht einseitig auf den Westen orientieren.“

In den letzten neun oder zehn Monaten konnte man auf viele derartige Äußerungen in schwedischen Presseorganen verschiedener Richtungen stoßen. Selbstverständlich lassen sich die Autoren dieser Äußerungen von einer nüchternen kommerziellen Berechnung leiten, allerdings nicht von einer kurzfristigen, konjunkturbedingten, sondern einer dauerhafteren, die die grundlegenden Interessen der schwedischen Volkswirtschaft zum Ausdruck bringt. In vielen Berichten und Kommentaren zu den schwedisch-sowjetischen Abkommen wurde bemerkt, die Realisierung dieser Abkommen sichere einer Anzahl grundlegender Zweige der schwedischen Industrie für längere Zeit volle Beschäftigung, „unabhängig von einem eventuellen Konjunktursturz“. Der Stockholmer Korrespondent des Bostoner „Christian Science Monitor“ konstatiert in einem ausführlichen Artikel, der im Januar 1947 in dem genannten Blatt erschien, daß die Mehrheit des schwedischen Volkes das Handelsabkommen mit der Sowjetunion lebhaft begrüßt. Hierbei beurteilt der Korrespondent dieses Abkommen als einen Teil

„der bewußt durchdachten Bemühungen der schwedischen Regierung, Schweden gegen geschäftliche Rückschläge zu isolieren, die landläufigen Auffassungen zufolge hauptsächlich in größeren Ländern wie die USA ihren Anfang nehmen“.

Während in den USA und einigen anderen großen Staaten offen der Furcht vor der heran nahenden Wirtschaftskrise Ausdruck gegeben wird, mißt die schwedische Öffentlichkeit der

Konsolidierung der Beziehungen zur Sowjetunion besondere Bedeutung bei, da sie berücksichtigt, daß das Volkswirtschaftssystem der Sowjetunion jede wie immer geartete Möglichkeit von Krisen ausschließt.

Wodurch also ist es zu erklären, daß angesichts aller dieser Umstände eine Anzahl schwedischer Zeitungen mit „Dagens Nyheter“ an der Spitze ihre wütende Kampagne gegen das Abkommen fortsetzt? Wodurch ist es zu erklären, daß diese Kampagne nicht nur fortgesetzt, sondern sogar immer ungezügelter betrieben wird?

Das erklärt sich vor allem durch die spezifischen Interessen der wahren Herren dieser Zeitungen, die bei weitem nicht zusammenfallen mit den Interessen des schwedischen Volkes und der schwedischen Volkswirtschaft.

„Dagens Nyheter“ sind das Eigentum des Bonnierkonzerns und des mit diesem Konzern eng verbundenen Bankhauses Wallenberg. Die Wallenberggruppe unterstützte die deutschen Faschisten und machte während des Krieges Geschäfte mit dem hitlerfaschistischen Deutschland. Diese Geschäftsabschlüsse brachten insbesondere einigen amerikanischen Monopolen einen bestimmten Schaden. Seit Beendigung des Krieges bemüht Wallenberg sich, mit den amerikanischen Monopolisten, die sich die schwedische Wirtschaft unterwerfen wollen, handelseins zu werden.

„Dagens Nyheter“ und ihre Tochterzeitung „Expressen“ begrüßten den Versuch der USA, den Abschluß des schwedisch-sowjetischen Kreditabkommens zu verhindern, einen Versuch, den die gesamte schwedische Öffentlichkeit mit Recht als einen groben, ohne alle Umstände unternommenen Anschlag auf die Souveränität Schwedens auffaßte. Die genannten Zeitungen greifen mit größter Bereitwilligkeit jede beliebige sowjetfeindliche Verleumdung der reaktionären Presse Amerikas auf. Sie übersetzen jetzt ebenso eifrig aus dem Amerikanischen die Fabeleien von der „Sowjetexpansion“ und dem „eisernen Vorhang“, wie sie die analogen Lügenmärchen früher aus dem Deutschen übersetzt haben...

Die schwedische Regierungszeltung „Morgontidningen“ stellt in einer Betrachtung über die Kampagne der profaschistischen Presse gegen die Entwicklung der sowjetisch-schwedischen Wirtschaftsbeziehungen eine gegenseitige Abhängigkeit fest: „Dagens Nyheter“ — Bonnierkonzern — Wallenbergbank — amerikanische Monopole. „Morgontidningen“ nennt dieses ganze System „ein System kommunizierender Röhren“. Das ist ein durchaus zutreffender Vergleich. Bekanntlich hält sich eine homogene Flüssigkeit in kommunizierenden Röhren auf dem gleichen Niveau.



Die sowjetfeindliche Propaganda in den amerikanischen und schwedischen kommunizierenden Röhren ist gleich in ihrem Niveau und gleich in ihrem Inhalt. Die Aufzählung der miteinander kommunizierenden Röhren kann noch ergänzt werden. Zwei Direktoren der Wallenbergbank sind gleichzeitig auch Direktoren der Asea Firma, die trotz des Abkommens die Lieferung von Elektroausrüstungen an die Sowjetunion hintanhält. Das Prinzip der kommunizierenden Röhren findet seinen Ausdruck auch in einigen anderen,

analogen Tatsachen. Das Abkommen wird von einer Anzahl schwedischer Firmen ohne besondere Exaktheit durchgeführt, vor allem in den Lieferungsfristen.

Die Wallenbergagentur und die mit ihr verbundenen Elemente sind bestrebt, den sowjetisch-schwedischen Beziehungen zu schaden. Die Sowjetöffentlichkeit hat ein Recht, zu erwarten, daß die fortschrittlichen Kreise Schwedens diesen Quertreibereien eine entschlossene Abfuhr zuteil werden lassen.

## Internationale Umschau

(Notizen)

### SICH SELBST WIDERLEGT. . .

Die „Neue Zeit“ nahm in ihrer Nr. 11 vom 14. März d. J. Notiz von der Offensive, die die iranische Reaktion gegen die demokratischen Gewerkschaften Irans in die Wege geleitet hat. Es handelte sich um Gewalttaten und Pogrome, die die Polizei und faschistische Rowdys aus der Demokratischen Partei in den Klubs, den Druckereien und im Gebäude des Zentralrats der iranischen Gewerkschaften verübten, um Verfolgungen und Mordtaten an Gewerkschaftsfunktionären und Arbeitern. Wir teilten weiter mit, daß die reaktionären Führer der Demokratischen Partei eine Pseudogewerkschaft aufgezo-gen haben, um den demokratischen Gewerkschaftsbund zu spalten. Auch wurden Tatsachen angeführt, die zeigen, wie die iranischen Behörden versuchten, die in Teheran eingetroffene Delegation der Weltföderation der Gewerkschaften zu desinformieren, und wie sie sie daran hinderten, mit dem Zentralrat der Gewerkschaften und den Arbeitern zu verkehren.

Diese Notiz hat den iranischen Reaktionären zum Ärgernis gereicht. Die Zeitungen „Diplomat“, „Ettelaat“, „Demokratische Iran“, „Setare“ und „Mehri Iran“ versuchten die in unserer Notiz angeführten Tatsachen in besonderen Leitartikeln zu widerlegen. Die Zeitungen versicherten, die iranischen Behörden sorgten für das Wohl und Wehe sowie für die Rechte der Arbeiter und bereiteten dem Verkehr der Delegation der Weltföderation der Gewerkschaften mit den Arbeitern und Gewerkschaftsvertretern keine Schwierigkeiten.

Die weiteren Ereignisse entlarvten die Verlogenheit dieser Dementis und bestätigten voll und ganz alles das, was die „Neue Zeit“ mitgeteilt hatte. Die Willkür und die Gewalttaten der iranischen Reaktionäre an den Arbeitern und ihren Gewerkschaften nehmen ihren Fortgang. Die Zeitung „Mardom“ führt in einer Schilderung der Reise, die die Delegierten der Weltföderation der Gewerkschaften durch iranische Städte unternommen haben, die folgenden Tatsachen an.

Am 4. April versammelten sich auf einem Platz der Stadt Schahi Arbeiter aus Behschahr, Sirab und anderen Städten, um den eingetroffenen Delegierten Klageschriften über ihre schwere Lage zu überreichen. Polizisten, Gendarmen und Soldaten versuchten die Arbeiter mit Gewehrkolben und Bajonetten zu vertreiben. Einer 70jährigen Frau namens Rubabe, deren Sohn im Gefängnis sitzt, nur weil er gewerkschaftlich organisiert ist, wurde durch einen Kolbenschlag der Arm gebrochen. . .

Vor dem Eintreffen der Delegierten in Reschla schrieb der Leiter der Gilanaer Abteilung für Arbeit und Propaganda, Akbar Moini, angeblich im Namen der Arbeiter einen provokatorischen Brief gegen den Zentralrat der Gewerkschaften. Hierauf schlug man analphabetischen Arbeitern der Reschter Säcke-fabrik vor, den Brief zu unterschreiben, nachdem man ihnen versichert hatte, es handle sich um ein Gesuch um Erhöhung der Zuckerration. Die Arbeiter jedoch, die den Inhalt des Schreibens durchschauten, weigerten sich trotz der Drohungen, das Machwerk zu unterschreiben.



Nach der Abreise der Delegation aus Rescht wurden dort diejenigen Arbeiter, die den delegierten Briefe, Eingaben und Klageschriften überreicht hatten, in Haft genommen.

Fünf Schüler der Reschter Mittelschule „Schahpur“ wurden offiziell aus der Schule ausgeschlossen, weil sie sich an einem Massentreffen mit der Delegation der Weltföderation der Gewerkschaften beteiligt hatten.

Als sich die iranischen Behörden überzeugt hatten, daß es ihnen nicht gelingen werde, der Delegation der Weltföderation die Wahrheit über die Repressivmaßnahmen und die Verfolgung der Arbeiterbewegung zu verhehlen, begannen sie offen vorzugehen. Am 13. April wurde Resa Rusta, der Vorsitzende des Zentralrats der iranischen Gewerkschaften, Mitglied des Exekutivkomitees der Weltföderation der Gewerkschaften, auf Verfügung des Militärgouverneurs von Teheran verhaftet. Gleichzeitig wurden alle Dokumente des Zentralrats der Gewerkschaften beschlagnahmt.

Um die Verhaftung zu rechtfertigen, wurde ein gefälschter Brief Rustas fabriziert, worin dieser angeblich zu Mordtaten an Reaktionären aufforderte, darunter an Schahende, dem Redakteur der Zeitung „Ferman“. Dieser letztere war offenbar auch der Urheber der Fälschung. Er verfügt über reiche Erfahrungen in solchen schmutzigen Geschäften: vor ein paar Jahren wurde dieses Subjekt wegen Gaunerei verurteilt.

Die Delegation der Weltföderation der Gewerkschaften hat ihre Arbeit in Iran abgeschlossen. Mustafa el Ariss, der Leiter der Delegation, Mitglied des Exekutivkomitees der Föderation, erklärte, die iranischen Arbeiter befänden sich in einer so schweren Lage, daß jeder Mensch mit wachem Gewissen darüber beunruhigt sein müsse. Er teilte mit, daß man die Arbeiter mit Drohungen, Verhaftungen und anderen Mitteln zu zwingen versuchte, der Delegation der Weltföderation der Gewerkschaften keine wahrheitsgetreuen Angaben zu machen, und daß die Delegation Hunderte von Arbeiterbriefen erhalten hat, die ihr heimlich zugestellt worden seien.

Mustafa el Ariss betonte, die Weltföderation der Gewerkschaften erkenne auch weiter den Zentralrat der iranischen Gewerkschaften als die einzige Organisation an, die die iranischen Arbeiter vertritt.

Die iranischen Behörden haben durch ihre Handlungen selbst die Unsinnigkeit der Behauptungen der reaktionären Presse Irans entlarvt, die den Versuch macht, die faktisch feststehende barbarische Verfolgung der Gewerkschaften und das Fehlen elementarer demokratischer Freiheiten in Iran zu leugnen.

## ÜBER DEN SCHADEN DES TABAKS UND DEN NUTZEN DES DOLLARS

Zu den in den Tagen vom 15. bis zum 17. April durchgeführten Parlamentsdebatten über den Staatshaushalt für das neue Finanzjahr bemerkt die englische Presse, auf den Haushalt hätten sich die zwischen London und Washington im Gang befindlichen inoffiziellen Verhandlungen über eine neue Anleihe ausgewirkt. Die linksstehenden Kritiker des Haushalts betonten die riesigen Ausgaben für militärische Zwecke. Nicht ohne Ironie werden die Versuche des Finanzministers Hugh Dalton registriert, die Erschöpfung der englischen Dollarvorräte durch den Ankauf von amerikanischem Tabak zu erklären.

Dalton beantragte eine Erhöhung der Steuer auf Tabak, der hauptsächlich aus den USA importiert wird. Er strich diese Maßnahme heraus als „ersten Schuß in der Kampagne für die Kürzung der Dollarausgaben“. Dieser Vorschlag hat ernste Kritik gefunden, da sich die Tabaksteuer in erster Linie auf die niedrig bezahlten Kategorien der Bevölkerung auswirken würde, während die erzielten Ersparnisse geringfügig wären.

Dennoch fand Dalton bei einigen Parlamentsmitgliedern Unterstützung. Der Labourabgeordnete C. N. Shawcross entwickelte sogar einen ganzen Plan für die Einschränkung des Rauchens in England. Seine drei Maßnahmen bestehen darin, in Behörden und Theatern das Rauchen zu verbieten, die Anzahl der Raucherabteile in den Zügen zu vermindern und den Verkauf zollfreier Tabakwaren an Seeleute zu beschränken.

Einige englische Zeitungen erklären, der um die Ersparung von Dollars für Tabak bewußt erhobene Lärm verfolge das ganz bestimmte Ziel, die Aufmerksamkeit von den viel größeren Ausgaben für militärische Zwecke und die Finanzierung der auf den Vorteil der amerikanischen Imperialisten abgestellten Außenpolitik abzulenken.

Wie dem auch sein möge, der Haushalt und seine Erörterung im Unterhaus zeigen, daß die finanzielle und ökonomische Lage Englands kritisch bleibt. Die Rechnung der Regierung, es werde ihr gelingen, mit Hilfe von Anleihen aus den USA und Kanada das Defizit der Zahlungsbilanz zu decken und den überalterten Produktionsapparat der englischen Industrie zu erneuern, ist offenbar nicht aufgegangen. Inzwischen aber sind bereits 1 Milliarde Dollar aus der kanadischen und 1,1 Milliarde Dollar aus der amerikanischen Anleihe verausgabt worden!

„Britannien würde keine andere Alternative haben, als Amerika um eine neue Anleihe ... zu ersuchen“, erklärte kürzlich der labouristische



Parlamentsabgeordnete Raymond Blackburn, der gegen die Nationalisierung der englischen Industrie auftrat.

Blackburn sprach sich mit lobenden Worten über Bevins Außenpolitik aus, die, so meinte er, „die Amerikaner dazu veranlaßt hat, sich zu einer Geisteshaltung zu bequemen, in der sie uns eine Anleihe gewährt haben und uns eine neue gewähren werden“.

Alles in allem scheint es, als ob breite Kreise der englischen Öffentlichkeit ohne Enthusiasmus auf diese Perspektive schauen. Das englische Volk sieht mit jedem Tage immer klarer die Kehrseite der transatlantischen Gaben.

Die USA verdrängen England von den Absatzmärkten für seine Waren. Die englischen Arbeiter werden von friedlicher und schöpferischer Arbeit abgezogen. Das sind die Gründe, weshalb der Kurs auf eine Abmachung mit der amerikanischen Reaktion unter den englischen Arbeitern soviel Unruhe hervorruft.

### DER GEWERKSCHAFTSKONGRESS IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS

Vom 17. bis zum 19. April tagte in Berlin der Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

In der sowjetischen Besatzungszone entstanden demokratische Gewerkschaften vor fast zwei Jahren, im Sommer 1945. Sie wurden von allem Anfang an als antifaschistische Organisationen der Werktätigen aufgebaut, die sich die Aufgabe stellten, sich an der Demokratisierung der Wirtschaft und des gesellschaftlich-politischen Lebens Deutschlands aktiv zu beteiligen.

Die sowjetische Militärverwaltung hat in Betracht dessen, daß die freien Gewerkschaften berufen sind, beim Aufbau eines demokratischen und friedlichen Deutschlands eine wichtige Rolle zu spielen, die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung unterstützt und gefördert. Das Ergebnis war, daß die Gewerkschaften der Zone wuchsen und schon auf ihrem ersten Kongreß im Februar v. J. 2 150 000 Mitglieder mustern konnten.

Die Gewerkschaften der Sowjetzone haben seit ihrer Gründung viel Arbeit geleistet. Ihre erste Aufgabe war die allseitige Mitarbeit am Wiederaufbau der zerstörten Betriebe und an der Umstellung der deutschen Industrie auf Friedensproduktion. Die Gewerkschaften halfen beträchtlich mit bei der Organisation der Verwaltung und Erzeugung in den Betrieben, die früher namhaften

Nazis und Kriegsverbrechern gehört hatten. Die Gewerkschaften beteiligten sich aktiv an der Denazifizierung des Apparats in Wirtschaft und Verwaltung. Bekanntlich hat die Industrie in der Sowjetzone heute bereits wieder 70 Prozent der Vorkriegserzeugung erreicht. Diese Errungenschaft ist zu einem nicht geringen Teil der Mitarbeit der Gewerkschaften zu verdanken.

Als entschlossene Anhänger der Liquidierung der sozialen Stütze des Faschismus — der Junkerkaste — halfen die Gewerkschaften mit bei der Durchführung der Bodenreform und bei der Verankerung ihrer Resultate. Sie beteiligten sich aktiv an der Durchführung der Schulreform und der Vorbereitung demokratischer Kräfte für alle Gebiete des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens.

Die Ergebnisse dieser ganzen Arbeit eben wurden auf dem zweiten Kongreß der Gewerkschaften der Zone festgestellt. Der Kongreß zählte 1029 Delegierte von 18 Industriegewerkschaften, die jetzt bereits mehr als 3,5 Millionen Arbeiter und Angestellte vereinigen.

Wie die Berichte Hans Jendretzkys und Bernhard Görings, der Vorsitzenden des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds, zeigten, haben die Gewerkschaften viel getan, um die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter zu verbessern. In den Betrieben der Sowjetzone sind 22 000 Produktionsverträge abgeschlossen worden, die die Rechte der Arbeiter schützen. In einer Anzahl von Industriezweigen sind neue Rahmentarife ausgearbeitet und in Kraft gesetzt worden. In der ganzen Zone wird das Prinzip der gleichen Entlohnung männlicher und weiblicher Arbeit durchgeführt. Es ist ein einheitliches System der Sozialversicherung geschaffen worden.

Die vom Kongreß gefaßten Beschlüsse betonen die Notwendigkeit, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung im Reichsmaßstab herzustellen. Das ist ein gegenwärtig besonders aktuelles Problem, da die reaktionären, profaschistischen Elemente im Lande, besonders in den westlichen Zonen, reger werden. Um so beunruhigender ist die Tatsache, daß sich die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland bisher nicht genügend entwickelt hat. Das auch unter den Arbeitern der Westzonen lebhaftes Streben nach Gewerkschaftseinheit im Reichsmaßstab stößt bei den dortigen Besatzungsbehörden auf Gegenwehr.

Der Kongreß der Gewerkschaften der Sowjetzone hat in seinen Beschlüssen die unaufschiebbaren Aufgaben der Organisationen der Werktätigen sowohl im Kampf für die Demokratisierung und die Einheit des Landes als auch in der wirtschaftlichen und sozialen Tätigkeit festgelegt. Der Kongreß hat eine Reihe von Resolutionen



beschlossen: über die Politik der Gewerkschaften, über die sozialen Forderungen der Gewerkschaften, über die Arbeit unter Frauen und Jugendlichen. Es ist ein Gewerkschaftsstatut beschlossen worden. Der neugewählte Vorstand des Gewerkschaftsbundes zählt 65 Mitglieder. Zu Vorsitzenden sind Hans Jendretzky, Bernhard Göring und Ernst Lemmer gewählt worden.

Die demokratischen Gewerkschaften haben als Massenorganisationen der werktätigen Bevölkerung beim demokratischen Umbau Deutschlands eine wichtige Rolle zu spielen. Das bezeugt die Tätigkeit der Gewerkschaften der Sowjetzone, die auf dem Berliner Kongreß ihr Fazit gezogen haben.

### DAS AUSTRALISCHE PARADIES

Um eine „Großmacht“ zu werden, mangelt es Australien an Bevölkerung, schreiben australische Zeitungen. Parlamentsmitglieder halten darüber Reden. Irgend jemand von ihnen hat ausgerechnet, daß Australien schleunigst seine Einwohnerzahl auf 20 Millionen erhöhen muß — dann werde es aufblühen.

Die australischen Industriellen und Viehzüchter entsandten auch in früheren Zeiten auf der Jagd nach billigen Arbeitskräften ihre Agenten und Prospekte in alle Länder der Welt, um Ansiedler anzuwerben.

Nach dem Kriege ist diese Art Tätigkeit mit neuem Nachdruck wiederaufgenommen worden. In den Prospekten und offiziellen Druckschriften werden die „paradiesischen Reize“ des Lebens in Australien und die wunderbaren Perspektiven geschildert, die sich allen Glücksuchern dort angeblich aufbieten.

Faßt man die Sache jedoch näher ins Auge, so erkennt man, daß die nach Australien Auswandernden dort schwere Enttäuschungen erleben. Selbst aus der australischen Presse kann man das erfahren.

Der in Sydney erscheinende „Daily Telegraph“ veröffentlichte im November einen Brief, den ein schwedischer Auswanderer in die Heimat geschrieben hat. Er gibt seinen Freunden den Rat, nicht nach Australien zu kommen, da das Leben dort durchaus nicht so angenehm sei, wie das in den in Europa zwecks Anwerbung von Auswanderern verbreiteten Broschüren geschildert wird. Hiernach wurde die Zeitung mit Briefen von Ausländern bestürmt, die nach Australien ausgewandert sind und sich jetzt über das schwere Leben beklagen.

Enttäuschungen harrten nicht nur der neuen Ansiedler, sondern auch der demobilisierten australischen Soldaten. Hunderttausende von

Australiern haben während des Krieges in der britischen Armee gekämpft. Man versprach ihnen nach dem Kriege Arbeit, Boden und guten Verdienst. Alle diese Verheißungen aber sind zu Wasser geworden.

Vor allem sind die Versprechungen unerfüllt geblieben, die frühere Soldaten auf der Scholle anzusiedeln. Die Parlamente (in Australien hat jeder Staat sein eigenes Parlament) erörtern immer noch die Frage, wo man den Boden nehmen soll, und die entsprechenden Gesetzentwürfe wandern von einem Ausschuß in den andern. Der „Daily Telegraph“ konstatiert, daß noch kein einziger Soldat eine Farm bekommen hat.

Ein Parlamentsabgeordneter vom Staate Neusüdwales hat ausgerechnet, daß bei dem jetzigen Tempo mehr als neun Jahre erforderlich sein werden, um die Demobilisierten auf der Scholle unterzubringen. Viele Demobilisierte werden vor Ablauf dieser Frist alt werden, ihre Ersparnisse werden verausgabt, ihre Begeisterung verfliegen sein, schreiben die Zeitungen...

Das Vorhandensein von Arbeitslosen in Australien wird als ein Staatsgeheimnis betrachtet, das verborgen werden muß. Der gleiche „Daily Telegraph“ aber schildert folgende vielsagende Episode. In einer Sydneyer Zeitung erschien eine Anzeige, in der vier Arbeiter zum Fensterputzen gesucht wurden.

„Etwa 500 Arbeitslose — frühere Soldaten — versuchten auf Grund dieser Zeitungsanzeige Arbeit zu erhalten. Unter ihnen befanden sich gelernte Arbeiter. Viele hatten überhaupt noch keine Beschäftigung nach der Demobilisation gefunden.“

Die Arbeitsuchenden wurden aufgefordert, um 10 Uhr morgens zu erscheinen. Die ersten erschienen um 7 Uhr. Um 10 Uhr hatte sich eine lange Schlange gebildet. Unter den Anstehenden befanden sich Stahlgießer, Reepschläger, Glaser, Maler, Seeleute, Büroangestellte, überhaupt waren fast alle Berufe vertreten.“

Die Behauptung, in Australien herrsche ein hoher Lebensstandard, ist schon längst als eine Fabel entlarvt. Fast zwei Millionen Australier verdienen nur 40 Prozent des Existenzminimums und kommen mit den Lebensbedürfnissen nicht zurecht. Um das einzusehen, muß man in den Elendsquartieren von Sydney — in Paddington, Woolloomooloo Bay und anderen Fabrikbezirken dieser großen Stadt — gewesen sein.

Nicht besser leben die Menschen der Arbeit auch in Melbourne, besonders die Demobilisierten. Die Ausquartierung von Arbeitern und früheren Soldaten wegen rückständiger Mietzahlungen ist dort eine alltägliche Erscheinung. Der Melbourne „Herald“ veröffentlichte Aufnahmen von Elendsbehausungen, in denen die Familien der Demobilisierten zusammengepfercht leben.



Der „Daily Telegraph“ meldet, daß die Polizei am 9. Dezember in der Nähe von Liverpool (20 km von Sydney) eine schmutzige Hütte entdeckt hat, in der sich 2 Frauen und 11 vor Hunger aufgeschwollene Kinder befanden. Sie alle lebten in einem unbewohnbaren Loch, ohne Licht, ohne Wasser, in Schmutz und Elend, und hungerten schon drei Wochen. Keiner besaß auch nur einen Farthing oder irgendwelche Lebensmittel. Keines der Kinder besuchte die Schule. Alle schliefen in Lumpen gehüllt auf dem Fußboden. Da der Fall ruchbar wurde, ergriffen die Behörden eigenartige Maßnahmen: die Mütter wurden unter Berufung auf die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen angeklagt, ihre Kinder vernachlässigt zu haben, und die Kinder wurden vor das Jugendgericht gebracht und als Verwahrloste rubriziert.

So sieht das australische Paradies in Wirklichkeit aus, von dem die Prospekte der Behörden, die billige Arbeitskräfte für die Viehzüchter und Fabrikanten anwerben wollen, so lockende Bilder entwerfen.

#### DIE VOREINGENOMMENHEIT DER SÜDAFRIKANISCHEN THEMIS

Douglas Cecil Mardon, ein früherer Soldat der südafrikanischen Armee, war während des Krieges in deutsche Gefangenschaft geraten. Mardon zeichnete sich weder durch Tapferkeit noch durch Patriotismus aus. Bald trat er dem sogenannten „Britischen Freikorps“ bei, das von den Hitler-

faschisten aus Verrätern geschaffen worden war. In diesem Freikorps bekleidete Mardon einen angesehenen Posten. Er beteiligte sich aktiv an den militärischen Operationen gegen die Sowjetunion.

Anfang April kam Mardon in Pretoria wegen Vaterlandsverrats vor Gericht und wurde zu einer Geldstrafe von 75 Pfund Sterling verurteilt.

Interessant ist die Argumentation, mit der es Mardons Verteidiger gelang, ein so leichtes Urteil für seinen Klienten zu erwirken. Er erklärte, der Angeklagte habe keine „feindlichen Absichten gegenüber der Südafrikanischen Union bzw. den Alliierten gehabt“, sondern er sei „in das ‚Britische Freikorps‘ eingetreten, um gegen den Bolschewismus zu kämpfen“.

Diese Erklärung hatte eine magische Wirkung. Der Richter Ramsbottom wurde sofort milder, meinte, das sei „natürlich ein sehr wichtiger Umstand“, und befand es für möglich, Mardon mit einer Geldstrafe davonkommen zu lassen.

Das Beispiel wirkte ansteckend. Ein anderer Verräter, der auf die Seite der Hitlerfaschisten übergegangen war, ein gewisser Pieter Andrees Labuschagne, beeilte sich, ein analoges Manöver anzuwenden, und auch er kam mit einer Geldstrafe davon.

Wir sehen also, daß man die südafrikanische Themis keinesfalls als unvoreingenommen bezeichnen kann. Wenn es sich um den „Kampf gegen den Bolschewismus“ handelt, so streift sie ihre Binde ab und öffnet ein Auge, aber nicht, um den Vaterlandsverrat zu strafen, sondern gerade, um ihn zu übersehen.

## Fünf Wochen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

Lew OBORIN

AUF der ganzen Strecke Moskau — Berlin sieht man Spuren der Kriegszerstörungen. Inmitten der bjelorussischen Wälder und Felder tauchen neue Holzbauten von Bahnhöfen auf. An den Abteilsternen vorbei gleiten die Ruinen von Minsk. Selbst von weitem erkennt man riesige Schutt- und Geröllhaufen.

Warschau. Diese Stadt ist mir noch aus der Zeit des internationalen Chopin-Wettbewerbs der Pianisten in Erinnerung, zu dessen Teilnehmern

ich gehörte. Damals war Warschau eine lärmende, lebensfrohe Großstadt. Jetzt blicken uns leere Fensterhöhlen, Häusergerippe, verbogene Eisenträger an.

Aber unmittelbar neben diesem Bild der Zerstörung sieht man sowohl in Bjelorußland als auch in Polen auf Schritt und Tritt Anzeichen eines neu erstehenden Lebens. An den Straßen blinken neue Telegraphenstangen aus frisch behauenen Stämmen, an den zerstörten Gebäuden



wird gearbeitet, neue Brücken überspannen die Weichsel, die Schlote wiederhergestellter Fabriken rauchen...

Eine Truppe sowjetischer Sänger und Musiker war von der sowjetischen Militärverwaltung eingeladen worden und fuhr nun nach Berlin. Der Cellist Fjodor Lusanow, der Sänger Sergej Lemeschew, die Sängerin Irina Maslennikowa, Makarow, der die Klavierbegleitung besorgt, und ich — das war die ganze Truppe, die in der sowjetischen Besatzungszone konzertieren sollte. Uns Ankömmlinge aus der Sowjetunion erfüllte außer dem üblichen Verantwortungsgefühl, das jeder Vertreter der Sowjetkultur im Ausland verspürt, auch der Wunsch, zu sehen, was im Deutschland von 1947 vorgeht.

\* \* \*

Von Berlin und den dortigen Zerstörungen hatten wir bereits aus der Presse eine Vorstellung. Im Stadtzentrum ist zwar nicht wenig getan worden, um Ordnung zu schaffen. Der Gesamteindruck der Stadt mit ihren schmutzigen, schwach erleuchteten Straßen ist jedoch nichts weniger als anheimelnd. An den Straßenkreuzungen stehen bis zur Nasenspitze verummte Polizisten in riesigen Strohtiefeln. Selten einmal fährt eine Straßenbahn, an den Kurven klingelnd, vorüber. An den U-Bahn-Eingängen aber herrscht, wie in jeder Großstadt, ein lebhaftes Kommen und Gehen.

Einige Gebäude mit den besten Zuschauerräumen und Konzertsälen sind zerstört, so die Staatsoper Unter den Linden, die Oper in Charlottenburg, die Philharmonie. Unversehrt ist der Admiralspalast, ein ehemaliges Operettenhaus, in dem sich jetzt die Staatsoper befindet, ferner das Funkhaus und die jetzige Städtische Oper in der Kantstraße.

Zum erstenmal spielten wir vor deutschem Publikum nicht in einem Konzertsaal, sondern in dem im Stadtzentrum, Unter den Linden, gelegenen Haus der sowjetischen Kultur, das gerade feierlich eröffnet wurde. Diese Einrichtung ist für Berlin etwas ganz Neues. Wie Generalmajor Kotikow, der Sowjetkommandant Berlins, in seiner Einweihungsrede mit Recht bemerkt hat, soll das Haus der sowjetischen Kultur zur Demokratisierung Deutschlands beitragen und den deutschen Geistesarbeitern und Werktätigen behilflich sein, sich eine richtige Vorstellung von der Sowjetunion zu bilden, die jahrelang eine Ziel-scheibe der Goebbelsschen Verleumdungen gewesen ist.

Nach Generalmajor Kotikow sprachen Professor Stroux, Rektor der Berliner Universität, Ernst Legal, der Spielleiter der Oper, und andere im

Kulturleben Deutschlands führende Persönlichkeiten. Dann traten wir auf.

An den folgenden Tagen konzertierten wir im Admiralspalast und im Funkhaus. Übrigens spielte ich ein Klavierkonzert von Chatschaturjan, das in Deutschland bisher noch unbekannt gewesen war. So begann unsere Tournee.

\* \* \*

Nach dem zerstörten Berlin gelangten wir in das lebensprühende Leipzig. Wir kamen gerade zur traditionellen Leipziger Messe. Als Symbol der begonnenen Wiederherstellung der deutschen Friedenswirtschaft lenkte sie die Aufmerksamkeit ganz Deutschlands auf sich. Tausende von Besuchern kamen aus den übrigen Zonen und aus dem Ausland herbei. Daher ist selbst für uns, die wir mit der Messe unmittelbar nichts zu tun hatten, der Eindruck von Leipzig untrennbar mit dem riesigen doppelten „M“, dem Emblem der Messe, verbunden, das uns überall ins Auge fiel. Es prangte an Häuserfassaden, auf Straßenbahnwagen, auf Transparenten und Plakaten. In der Stadt ging es äußerst lebhaft zu. Die Fahnen der Verbündeten flatterten allerorts, riesige Reklametransparente waren quer über die Straßen gespannt. Das Messegelände umfaßte fast 60 000 qm...

Die Messe bestand aus zwei Hauptteilen, der Mustermesse in den Ausstellungsgebäuden des Stadtzentrums, und der technischen Ausstellung, die in 7 Pavillons in der Nähe des Völkerschlachtdenkmals untergebracht war.

In den größten Gebäuden Leipzigs, Specks Hof, Dresdner Hof und Stenzler-Hof, lagen Unmengen von Mustern aus. An den Fassaden leuchteten riesige Reklameschilder der größten Firmen. Und auch hier das Messeemblem „M“. Besonders festlich wirkte das Ringmessehaus, das die Fahnen Sachsens und Leipzigs gehißt hatte.

Wie wir später aus der deutschen Presse erfahren, war die Messe von 250 000 Personen besucht worden, darunter 32 000 aus den westdeutschen Zonen und etwa 4000 aus verschiedenen anderen Ländern Europas. Hunderte von Abschlüssen über die verschiedensten in der Sowjetzone hergestellten Waren wurden getätigt.

Was wir in Leipzig sahen, zeugt von der starken Belebung der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Diese Tatsache wurde uns auch von deutschen Musikern, Literaten und anderen prominenten Persönlichkeiten bestätigt, mit denen wir uns unterhielten. Bezeichnend ist, daß die Messe auch kulturell belebend wirkte. Der Buchhandel war stark vertreten, in der betreffenden Abteilung lagen Neuerscheinungen der deutschen Nachkriegsliteratur aus. Zu einem Gastkonzert traf das Orchester der Berliner



Philharmonie, das zu den besten der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zählt, in Leipzig ein.

• • •

Aus dem lärmenden Leipzig fuhren wir nach dem stillen, etwas provinziellen Weimar, der Hauptstadt Thüringens, der Stadt Goethes, Schillers, Liszts.

Das Goethe-Haus steht auf einem kleinen Platz. Es hat unter Bombenabwürfen gelitten. Eine Bombe hat gerade den Teil des Hauses zerstört, in dem sich das Arbeits- und das Sterbezimmer des Dichters befanden.

Das Goethe-Museum wurde nach dem Einzug der Sowjettruppen restauriert. Zu Beginn der Besetzung, als in Weimar noch amerikanisches Militär stand, war das Haus geschlossen, nur ein kleiner Anschlag an der Tür gab bekannt, daß das Entfernen von Möbeln und anderen Gegenständen verboten sei...

Ich suchte auch das Liszt-Haus auf. Der Komponist hat ebenfalls lange Zeit in Weimar gelebt. Das einstöckige Haus ist gut erhalten. Im Obergeschoß befinden sich drei anspruchslos möblierte Zimmer. Im Arbeitszimmer des großen Komponisten steht sein Flügel...

Das Haus ist fast ständig leer. Beinahe die einzigen Besucher sind Sowjetoffiziere, die zum erstenmal nach Weimar kommen...

• • •

In Berlin hatten wir im Haus der sowjetischen Kultur einmal ein interessantes Gespräch mit deutschen Jugendlichen.

Es waren Studenten des Konservatoriums, der Berliner Universität und anderer Hochschulen. Im Gespräch mit ihnen trat eine charakteristische Eigenheit zutage, die nicht nur bei der deutschen Jugend, sondern auch bei weiteren Kreisen der deutschen Intelligenz anzutreffen ist, nämlich eine völlige Unwissenheit über das Leben in der Sowjetunion im allgemeinen und über die Sowjetkultur im besonderen.

Man stellte uns z. B. Fragen:

„Gibt es in der Sowjetmusik verschiedene Richtungen?“

„Wird in der Sowjetunion Bach gespielt?“

Unsere Gesprächspartner waren nicht wenig erstaunt, als wir ihnen erklärten, jedes beliebige Land der Welt könne die Sowjetunion um die Vielgestaltigkeit ihres Musiklebens beneiden. Wir erzählten von unseren Komponisten- und Musikerschulen. Wie sich herausstellte, wußten diese deutschen Jugendlichen nicht einmal, daß die verschiedenen sowjetischen Musiker auch einen individuellen Stil haben.

Wir erzählten ihnen, daß es in den zehnklassigen Musikschulen der Sowjetunion, ganz zu schweigen von den Hochschulen, junge Musiker gibt, die sich nicht nur gründlich mit dem Studium Bachs befassen, sondern sogar alle seine 48 Präludien und Fugen spielen.

Daß die deutsche Jugend so wenig Bescheid weiß, ist nur verständlich. Konnte doch nichts über das Leben in der Sowjetunion, wie es wirklich ist, nach Hitlerdeutschland dringen. Im Gegenteil, von hier aus wurden böartige, ungeheuerliche Verleumdungen über unseren Staat verbreitet. Fragen wie die folgende waren natürlich nur der Wiederhall der Goebbelspropaganda:

„Ist Jazzmusik in der Sowjetunion wirklich verboten?“

„Ist es wahr, daß man in Ihrem Lande nicht tanzen darf?“

Wir hatten den Eindruck, daß die deutsche Jugend seit der Vernichtung des Hitlerregimes noch nicht vermocht hat, sich von den falschen Vorstellungen frei zu machen, die ihr über unser Land eingebläut worden sind.

Das trifft übrigens nicht nur auf die Jugend zu. Nach einem Konzert, in dem ich Bach und Beethoven spielte, trat eine Reporterin des im britischen Sektor Berlins erscheinenden „Telegraf“ an mich heran und fragte ganz ernsthaft:

„Sagen Sie bitte, haben Sie Bach und Beethoven speziell für Ihre Deutschlandtournee eingeübt, oder spielen Sie sie auch in Rußland?“

Die böse Absicht war leicht herauszuspüren. Hier hatte ich es nicht mit einer Studentin zu tun, sondern mit der Vertreterin einer nicht einmal zweitrangigen deutschen Zeitung. Ich mußte ihr geduldig die elementare Tatsache klarmachen, daß wir die Schöpfungen der großen Musiker, ganz gleich welcher Nationalität oder Rasse sie angehören, als das Erbe der gesamten Menschheit betrachten.

Was wir den deutschen Geistesarbeitern über die Anzahl der Musikschulen, Orchester und Konzerte in der Sowjetunion berichteten, was wir ihnen über unsere Musiker erzählten, war für sie völlig neu.

Anderseits erkannten wir untrüglich, daß bei den Massen der deutschen Intellektuellen, der Jugendlichen und Werktätigen aufrichtiges Interesse für die Sowjetunion erwacht. Sie sind bestrebt, die Wahrheit über das Sowjetvolk zu erfahren, sie wollen wissen, wie unser Volk lebt.

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, kurz Kulturbund genannt, tut viel, um diesem Interesse gerecht zu werden. Er zählt etwa 60 000 Mitglieder und arbeitet tatkräftig daran, die Überreste der Naziideologie auszumerzen. Dem Kulturbund gehören an: der



bekannte Dichter Johannes R. Becher, die Schriftsteller Theodor Plivier und Friedrich Wolf, der Spielleiter Legal, der Schauspieler Paul Wegener.

In jeder Stadt, in der wir konzertierten, trafen wir mit Vertretern des Kulturbundes zusammen, der in allen Ländern und Provinzen der Sowjetzone Ortsgruppen besitzt. Wir lasen auch die interessante Wochenzeitung „Sonntag“, die der Kulturbund in Berlin herausgibt.

Führende Mitglieder des Kulturbundes erzählten uns, die Organisation beschränke sich nicht auf kulturelle und erzieherische Betätigung im engeren Sinne dieses Wortes. Während wir uns in Berlin aufhielten, erschien eine Entschließung des Vorstands, in der es hieß, er erachte es als seine Pflicht, in den Tagen, in denen die Großmächte die deutsche Frage erörtern, sein Wort zur demokratischen Umgestaltung Deutschlands zu sprechen. Die Entschließung drückte den absolut richtigen Gedanken aus, daß die Kunst nicht abseits vom politischen Leben des Volkes stehen darf.

Zweifellos sind die Träger der deutschen Kultur und Kunst heute in einer schwierigen Lage, sie haben äußerst komplizierte Aufgaben zu erfüllen. Der Faschismus hat dem gesamten Kulturleben des Landes seinen Stempel aufgedrückt. Die Kunst war in den Dienst der faschistischen Aggression gestellt worden. Viele Künstler waren von der zersetzenden Naziideologie infiziert. Unter den deutschen Geistesarbeitern vollzieht sich deshalb derselbe Prozeß, der jetzt für alle Gebiete des öffentlichen Lebens in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands charakteristisch ist. Ich meine die Entnazifizierung.

Ist sie im wirtschaftlichen und politischen Leben nicht leicht zu bewerkstelligen, so ist sie auf dem Gebiet der Kultur und Kunst wohl noch komplizierter. Hier haben die antifaschistischen Organisationen, in erster Linie der Kulturbund, sehr viel zu leisten.

Selbstverständlich haben nicht alle deutschen Künstler den Hilterschmutz abgeschüttelt. Das geht schon aus folgendem hervor. Kürzlich versuchte eine Filmschauspielerin in der amerikanischen Zone damit Reklame zu machen, daß sie

— Hitler nahegestanden hat. Sie trug einer amerikanischen Filmgesellschaft an, sie in Hollywood in einer entsprechenden Rolle zu filmen.

Wie gesagt, für die Entnazifizierung ist in Deutschland noch ein weites Feld vorhanden. Das trifft nicht nur für die Kunst, sondern auch für das gesamte ökonomische, politische und kulturelle Leben des Landes zu. Die Kunst, wie die Wissenschaft und Volksbildung, muß von Grund auf umgestellt werden. Die Organe der deutschen Selbstverwaltung hatten unter der Leitung der sowjetischen Militärverwaltung viel zu tun, um die Schulen von faschistischen Lehrern und faschistischen Lehrbüchern zu säubern. Die Schulen haben jetzt neue Lehrmittel erhalten.

In der Sowjetzone werden viele Bücher herausgegeben. Der Kulturbund legt in dieser Beziehung eine große Regsamkeit an den Tag. In den Straßen Berlins, Leipzigs und anderer Städte sieht man häufig Plakate seines Verlags „Der Aufbau“. In diesem Verlag erscheinen Werke deutscher antifaschistischer Schriftsteller sowie die besten Werke von Sowjetverfassern und westeuropäischen Autoren.

Berlin hat bereits wieder mehrere Hochschulen. Allein im Sowjetsektor der Stadt gibt es einige, darunter die bekannte Berliner Universität. Auch in anderen Städten der Sowjetzone, die wir besuchten, haben die Universitäten ihren Lehrbetrieb aufgenommen, so z. B. in Leipzig und Halle. Außerdem wurden in der Sowjetzone die Universitäten von Greifswald, Jena und Rostock eröffnet.

Die demokratische Umgestaltung Deutschlands wird natürlich noch viel Zeit und Mühe erfordern. Ebenso wird es viel Zeit und Mühe kosten, bis Kultur und Kunst im neuen Deutschland der großen Namen würdig sind, deren Andenken im stillen Weimar wieder auflebt. In den wenigen Wochen, die wir in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zugebracht haben, konnten wir erkennen, wie schwer und kompliziert diese Aufgabe ist. Gleichzeitig aber konnten wir uns auch davon überzeugen, daß die ersten Schritte auf dem Weg der demokratischen Entwicklung bereits getan sind.



# In Prag und Bratislava

(Reisenotizen)

N. TSCHERTOWA

**Z**UR ERSTEN TAGUNG des Rates der Internationalen Demokratischen Frauenföderation trafen Ende Februar aus allen Teilen der Welt 73 Delegierte in der Hauptstadt der tschechoslowakischen Republik zusammen.

Prag ist eine der schönsten Städte Europas. Von seinen großartigen Bauwerken und seinen Kastanienalleen kann man nicht ohne Begeisterung sprechen. Die engen belebten Straßen prangen im Schmuck jungen Grüns, die Mauern des antiken Hradschin erheben sich auf dem hohen Festungshügel, prächtige Brücken überspannen die Vltava (Moldau).

Wunderbar sind Prags Denkmäler. Asketisch streng steht die hagere schwarze Gestalt Johann Hus' da, der Teynkirche mit ihren leichten architektonischen Linien zugewandt. Ein mächtiger stolzer Reiter mit der Lanze in der Hand, der heilige Wenzel, beherrscht gleichsam den belebten Wenzelsplatz. Den tiefsten Eindruck aber hinterläßt das alte schlichte Denkmal des verwundeten Soldaten. Es steht inmitten eines großen Platzes auf hohem Sockel. Auf dem klaren Hintergrund des Himmels zeichnen sich präzise die Umrisse der dunklen, niedersinkenden Kriegergestalt ab. Der Bildhauer hat es verstanden, die Vorwärtsbewegung des kraftgestählten, in vollem Lauf tödlich getroffenen Körpers darzustellen. In der Gestalt des Kriegers sind zwei widersprechende Bewegungen festgehalten: das Vorwärtstürmen zum Kampf, ins Leben, und das hilflose Hinsinken in den Tod...

In den Prager Hauptstraßen stößt man oft auf ganz bescheidene neue Denkmäler. Ein welker Kranz und zwei, drei Photographien an einer Mauer, das ist alles. Es sind Bilder von Aufständischen, die gegen die Hitlerokkupanten gekämpft haben. Im Mai 1945 sind sie hier auf der Straße gefallen...

Diese schlichten, unauffälligen Denkmäler erinnern lebhaft daran, daß sich hier, im Herzen Europas, einer der ersten Akte der blutigen Hitleraggression abgespielt hat.

„In Prag kommt einem so recht zum Bewußtsein, warum Organisationen wie die Internationale Demokratische Frauenföderation gegründet wurden“, hörte man von Delegierten, als sie das

schöne Prag und seine historischen Stätten besichtigten.

\* \* \*

Die Internationale Demokratische Frauenföderation ist eine der jüngsten demokratischen Vereinigungen. Im Jahre 1945 wurde auf Vorschlag der französischen Frauenorganisationen und insbesondere des Verbandes französischer Frauen ein Initiativkomitee geschaffen. Im November 1945 tagte in Paris der Gründungskongreß der Föderation. In den anderthalb Jahren ihres Bestehens hat die Föderation die Frauenorganisationen von 43 Ländern aufgenommen und zählt gegenwärtig 80 Millionen Mitglieder verschiedener Rassen und Nationalitäten, verschiedener politischer Überzeugungen und Religionen. Ihr Programm ist der Kampf für einen dauerhaften Weltfrieden, für politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frauen, der Kampf gegen die Reaktion, gegen die Überreste des Faschismus und der faschistischen Ideologie. Millionen Frauen in allen Ländern der Welt ist dieses Programm klar und verständlich.

Unter den Leiterinnen der Föderation sind viele hervorragende Frauen und Politikerinnen der demokratischen Länder. Der Föderationsrat besteht aus 5 weiblichen Ministern, 18 Parlamentsabgeordneten, 2 Generalsekretärinnen politischer Parteien, 2 Sekretärinnen von Gewerkschaftszentralen, 2 Parlamentsvizepräsidentinnen und Magistratsmitgliedern von großen Städten.

Die Weltreaktion begriff sofort, welche Bedeutung der Föderation zukommt und welche potentielle Kraft sie darstellt. Unmittelbar nach der Gründung der Föderation wurden Versuche unternommen, alle möglichen Frauenorganisationen vom alten konservativen Typus, wie z. B. die Internationale Frauenallianz oder die Kampfliga der Frauen für Frieden und Freiheit, wieder auf die Beine zu stellen. Diese Organisationen, die während des Krieges zerfielen, bilden jetzt eine Zufluchtsstätte für Aktivistinnen aus dem reaktionären Lager, die die Einheit der fortschrittlichen demokratischen Frauenbewegung zu schwächen und zu sprengen suchen.

Auf der Prager Tagung des Föderationsrats waren über 30 Länder vertreten, darunter die



Sowjetunion, die USA, Frankreich, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Polen, Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Algier, Kuba, Mexiko, Vietnam, Südafrika, China, die Mongolei, Korea und andere.

Die Regierungen einiger Länder suchen die Reise von Delegierten zu den Sitzungen und Tagungen der Internationalen Demokratischen Frauenföderation auf jede Art zu verhindern. So wird den Delegierten von Griechenland, Ägypten und Südafrika sowie denen der Kolonialländer das Ausreisevisum ständig verweigert. Die griechischen Delegierten konnten nur auf Umwegen nach Prag gelangen. Aus Südafrika traf nur eine „weiße“ Frau ein, die „farbige“ Delegierte hatte kein Ausreisevisum erhalten...

Auf der Tagung wurde die Tätigkeit des Vollzugsausschusses der Föderation, das Problem des Kinderschutzes, die Lage der Frau in den Kolonialländern und die der Negerinnen in den USA besprochen.

In der Debatte zum Bericht des Vollzugsausschusses sprachen die Vertreterinnen verschiedener Länder über den Kampf gegen die Offensive der Reaktion.

„Wir, der Rat der Demokratischen Frauenföderation“, sagte die Französin Jeannette Vermeersch, Mitglied des Vollzugsausschusses der Föderation, „können nicht nur die Frage des Kampfes gegen den Faschismus ... in bezug auf Spanien und Griechenland, sondern müssen sie auch in bezug auf die Situation in unserem eigenen Lande stellen... Wir müssen gestehen, wir schämen uns, daß jetzt in unserer Nationalversammlung wieder Leute anzutreffen sind, die unser Land zur Niederlage geführt haben... Es ist völlig offensichtlich, daß es nicht nur für unser Land, sondern auch für andere Länder eine Gefahr bedeuten würde, wenn wir solche Elemente kampflos wieder in die Nationalversammlungen gelangen ließen.“

In einer anderen Rede erklärte Jeannette Vermeersch:

„Viele Frauen in unserem Land stellen sich die Frage: Warum führen Indochina und Frankreich Krieg miteinander?... Dieses Land könnte selbständig sein, es ist reich, es besitzt Kautschuk, Gold und Kohle... In Frankreich aber gibt es Reaktionäre, die die Reichtümer dieses Landes billig in die Hand bekommen möchten und darum das Abkommen der beiden Regierungen nicht einhalten wollen. Dabei wurde ein solches Abkommen geschlossen, weil wir wirklich ein Bündnis des französischen und des indochinesischen Volkes wollen. Wir wollen keine Unterdrückten sein, denn ein Volk, das ein anderes Volk unterdrückt, kann nicht frei sein...“

Allgemeines Aufsehen erregten die Reden der Vertreterinnen des Amerikanischen Frauenkongresses, die übrigens ein Projekt für eine Eingabe der Föderation an die Moskauer Tagung des Außenministerrats zum Friedensvertrag mit Deutschland mitbrachten, das vom Föderationsrat angenommen und nach Moskau abgesandt wurde.

Mrs. Gimbel z. B. schilderte die Lage in den USA folgendermaßen:

„Die reaktionären Elemente in den USA spannen alle Kräfte an, um die Stärke unserer Gewerkschaften und die von ihnen erzielten Erfolge zunichte zu machen. Sie wollen den Markt desorganisieren, den Arbeitslohn senken, einen neuen Krieg vorbereiten. Die antidemokratischen Elemente der USA versuchen, die Einheit des amerikanischen Volkes zu stören... Sie wollen auch die heroischen Völker gegen uns aufbringen, die gemeinsam mit uns den Sieg über den Faschismus errungen haben...“

Mrs. Philipps, eine andere amerikanische Delegierte, berichtete über die Lage der Negerinnen in den USA, wo die schändlichste Rassendiskriminierung herrscht. Die von Mrs. Philipps angeführten Zahlen und Tatsachen ließen erkennen, wie das Lebensniveau der Negerbevölkerung künstlich und planmäßig gesenkt wird.

\* \* \*

Die Tagung ist zu Ende, im „Lucerna-Palais“ mit dem größten Saal Prags fand eine fünftausendköpfige Schlußkundgebung statt. Am 28. Februar fuhren wir morgens nach Bratislava, der größten Stadt der Slowakei.

Der dreitägige, sorgfältig vorbereitete Aufenthalt der Delegierten der Internationalen Demokratischen Frauenföderation in Bratislava war, dennoch etwas weniger fruchtbringend als erwartet. Bratislava nahm zwar die Delegationen sehr gastfreundlich auf. Einige Empfänge fanden statt, ferner wurde uns eine interessante Photo-, Bilder- und Kunstgewerbeausstellung gezeigt. Aber wir hatten fast keine Gelegenheit, mit Vertreterinnen breiter Kreise der slowakischen Frauen zusammenzukommen. Am Sonnabend und Sonntag, den 1. und 2. März, waren nämlich die Betriebe geschlossen. Erst am Montag, ganz kurz vor der Abfahrt, besuchten wir einige Fabriken, wo offensichtlich Aussprachen mit den Arbeiterinnen nicht vorgesehen waren. Der Besuch in einer riesigen Garnfabrik z. B. war nichts anderes als eine Beschäftigung lärmgefüllter Werkabteilungen...

Auch in die slowakischen Dörfer kamen wir nicht, da, wie man uns sagte, in diesem Jahr, besonders hoher Schnee lag. Befahrbar war nur der Weg nach dem Badeort Piešťany. Eine Reise



dorthin war zu dieser Jahreszeit natürlich nicht besonders interessant.

In den Straßen von Bratislava sieht man noch immer halb abgerissene Wahlplakate und Lösungen der verschiedenen Parteien. Wie man uns erzählte, haben bei den Wahlen die katholischen Geistlichen besonders unter der weiblichen Bevölkerung der Slowakei eine große Aktivität entfaltet. Sie schreckten die gläubigen Frauen mit dem Fluch der Kirche und drohten ihnen mit ewiger Verdammnis in der Hölle, falls sie Kommunisten wählen würden.

Uns konnte nicht verborgen bleiben, daß die reaktionären Elemente, die Gegner einer demokratischen Entwicklung der Tschechoslowakei und ihrer Einheit, sich aktiv betätigen. Die demokratischen Ortsfunktionäre erklären das damit, daß Hitlers Politik darauf abzielte, sich in den Oberschichten der slowakischen Bevölkerung eine Stütze zu schaffen.

Die Witwe des von der Gestapo in Berlin enthaupteten slowakischen Generals Kesslerov erzählte:

„Die wohlhabende Oberschicht in Bratislava wurde von Hitler begünstigt. Bratislava wurde sogar auf Kosten des übrigen Landes gut versorgt. Noch heute kann ich nicht ohne Zorn daran denken, wie die Hitlerfaschisten hier die Läden mit Waren und Lebensmitteln füllten, während die Kinder in Prag vor Unterernährung buchstäblich wachsbleich waren... In den Wäldern und Bergen der Slowakei erhob sich das Volk gegen die Okkupanten, hier aber kann man sich Hitlers Almosen nicht vergessen und will mit dem Geschwätz über eine Lostrennung von den tschechischen Landesteilen nicht aufhören...“

„Diese Zwietracht, die die reaktionären Elemente zwischen dem tschechischen und dem slowakischen Volk zu säen bestrebt sind, ist absurd und schädlich“, erklärte Elo Sándor, ein bekannter slowakischer Schriftsteller. „Wir be-

kommen diese Umtriebe sogar im Verlagswesen zu spüren...“

Ein gewisser Teil der Bratislavaer Presse verbreitet nicht wenig Falsches über die Sowjetunion. Bei einer Unterhaltung mit der slowakischen Schriftstellerin Margita Figuli konnte ich mich davon überzeugen, wie wenig manche Schriftsteller über unser Land wissen. Kürzlich erschien von ihr ein großer historischer Roman über Babylonien. Ich konnte mich nicht enthalten, sie zu fragen, warum sie gerade dieses Thema gewählt habe. Sie antwortete, während der Hitlerokkupation sei es unmöglich gewesen, über zeitgenössische Themen zu schreiben. Deshalb habe sie schöpferische Befriedigung darin gefunden, sich ins Altertum zu flüchten. Da war sie völlig unabhängig.

Aus dem Gespräch ging hervor, daß die Schriftstellerin das Leben im alten Babylonien zwar ausgezeichnet kennt, dafür aber über die sowohl zeitlich als auch räumlich näher liegende Sowjetunion viel weniger weiß. Margita Figuli fragte z. B.:

„Gibt es in der Sowjetliteratur Lyrik, schreiben Ihre Schriftsteller über Liebe?“

Ich war über diese Fragen ehrlich erstaunt. Ich habe Bücherschränke in Prag gesehen und weiß, daß den gebildeten Tschechoslowaken unsere Lyriker und Romanschriftsteller bekannt sind. Zu manchen slowakischen Schriftstellern gelangen diese Bücher wahrscheinlich nicht.

\* \* \*

An einem nebligen Morgen nahmen wir von Prag Abschied. Der graue Autobus mit einem gemütlichen „Pan Chauffeur“ führte uns zum letztenmal durch die leeren Straßen an dem von den Hitlerfaschisten zerstörten Altstädter Rathaus und dem Johann-Hus Denkmal vorbei. Der dunkle Sockel des Denkmals trägt in den Stein gemeißelt die Worte: „Liebe die Wahrheit, übe die Wahrheit, verteidige die Wahrheit bis in den Tod.“

## GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

### An der eigenen Elle gemessen

Harold Stassen, ein führendes Mitglied der Republikanischen Partei der USA, besuchte kürzlich die Sowjetunion und hatte in Moskau eine Unterredung mit Generalissimus J. W. Stalin. Er versprach, den Inhalt dieser Unterredung ausführlich wiederzugeben, sobald er nach den USA zurückkehre. Vorderhand teilte er ame-

rikanischen Pressevertretern nur mit, was J. W. Stalin über die Tätigkeit der in der Sowjetunion weilenden Auslandskorrespondenten gesagt hat, nämlich, daß amerikanische Korrespondenten ihren Zeitungen manchmal ungeheuerliche Falschmeldungen über unser Land und unsere Staatsmänner zuleiten.



Diese Mitteilung Stassens gab in der Auslands-  
presse zu lebhaften Kommentaren Anlaß, von  
denen einige das Augenmerk auf sich lenken, da  
sie verantwortungslosen Journalisten offenbar  
das Recht zuerkennen wollen, wüste Lügen-  
märchen über unser Land zu verbreiten.

Die „New York Times“ brachte zu dieser Frage  
einen Artikel der bekannten Journalistin Anne  
McCormick. Sie beginnt mit dem Bekenntnis,  
die in der Unterredung mit Stassen angeführten  
Beispiele seien ein Mißbrauch der Pressefreiheit,  
der keinesfalls geduldet werden könne. Korres-  
pondenten aber, die die Ereignisse falsch dar-  
stellten, seien Saboteure der Demokratie.

Hiermit haben die vernünftigen Äußerungen  
Anne McCormicks in dieser Frage bereits ein  
Ende, und sie versteigt sich zu der Behauptung,  
keine amerikanische Zeitung, die etwas auf sich  
hätte, würde Korrespondenten beschäftigen, die  
Falschmeldungen liefern. Dabei ist weit und breit  
bekannt, daß eben solche Korrespondenten in aller  
Seelenruhe ihre Arbeit verrichten und manchmal  
für eine falsche Darstellung der Ereignisse beson-  
ders hohe Honorare beziehen. Noch mehr, es gibt  
in Amerika Zeitungen mit Millionenaufgabe, die  
den Leser systematisch irreführen. Es gibt auch  
Journalisten, die mit Hilfe von Lügennachrichten  
Karriere gemacht haben. Namen und Tatsachen  
sind Anne McCormick wohl bekannt. Im Notfall  
hätte sie zur Auffrischung ihres Gedächtnisses  
einen Blick in das Buch von George Seldes oder in  
das des bekannten Verlegers Marshall Field werfen  
können, die die anrüchigen Bräuche der in den  
Dienst des Dollars gestellten Presse enthüllen.

Übrigens kann auch der Artikel Anne McCor-  
micks zur Illustration dieser Bräuche beitragen.  
Sie verurteilt, was sie selbst eine verantwortungs-  
lose Nachrichtengebung nennt, benutzt aber diese  
— so sollte man meinen — wenig passende Gele-  
genheit, um das Sowjetland anzuschwärzen. Sie  
möchte die Sache so hinstellen, als ob die Sow-  
jetpolitiker „überempfindlich“ gegen Verleum-  
dungen seien. In Amerika sei das gottlob ganz  
anders, dort scheuten die rivalisierenden Kandi-  
daten vor keinem Ausfall gegeneinander zurück.  
Die Staatsmänner in der Sowjetunion seien sol-  
chen Prüfungen nicht ausgesetzt, daher seien sie  
auch so überempfindlich.

Anscheinend weiß Anne McCormick über die  
Sitten und Gebräuche in unserem Lande nicht  
mehr, als die Matrosen Columbus' über den  
Rundfunk wußten. Sie mißt alles an der eigenen  
Elle. In der Sowjetunion ist es tatsächlich nicht  
üblich, daß Politiker oder andere Männer der  
Öffentlichkeit — in unserem Lande die Besten des  
Volkes — sich während der Wahlkampagnen  
gegenseilig verleumden. Was jedoch die Kritik

betrifft, so ist sie aus dem staatlichen und öffent-  
lichen Leben der Sowjetunion nicht fortzuden-  
ken. Sie ist ernst, tieforschend, sachlich. Man  
übt bei uns nicht Kritik, um den Rivalen in den  
Schmutz zu zerren und sich selbst auf seinen  
Platz zu schwingen. Die Kritik bei uns ist schöp-  
ferisch, sie will Mängel beseitigen und eine Ver-  
besserung in allen staatlichen und gesellschaftli-  
chen Fragen herbeiführen. An dieser Kritik betei-  
ligen sich tagaus, tagein Millionen Menschen auf  
Versammlungen und in der Presse.

Anne McCormick will diejenigen amerikani-  
schen Journalisten in Schutz nehmen, die wüste  
Lügen über die Sowjetunion und ihre Staatsmän-  
ner verbreiten; sie behauptet daher, schuld an die-  
sen Lügen sei die in unserem Lande herrschende  
„Atmosphäre der Geheimnistuerei“. Diese Atmo-  
sphäre ist von ihr frei erdacht und steht in  
direktem Widerspruch zu den Tatsachen. Die  
staatlichen Angelegenheiten sind in der Sowjet-  
union Gegenstand der Erörterung in der breiten  
Öffentlichkeit. Allerdings schenkt die Sowjet-  
presse den Privatangelegenheiten und dem Pri-  
vatleben hervorragender Leute nicht so viel  
Raum wie die amerikanischen Zeitungen. Diese  
füllen ihre Spalten zum großen, manche sogar  
zum größten Teil mit Meldungen über Heiraten  
oder Scheidungen bekannter Leute, mit aus-  
führlichen Schilderungen ihrer Anzüge und  
Schlipse und lenken damit Millionen Leser von  
ernsten, für das amerikanische Volk lebenswichti-  
gen sozialen Fragen ab. So etwas ist in der Sow-  
jetpresse nicht der Brauch.

Am Schluß des Artikels stellt Anne McCor-  
mick mit scheinheiligem Bedauern fest, die Völ-  
ker der Sowjetunion seien von der übrigen Welt  
„abgeschnitten“. Auch diese Erfindung glänzt  
nicht durch Originalität. Das Sowjetvolk gehört  
zur Familie der demokratischen Völker der gan-  
zen Welt, es unterhält rege kulturelle und wirt-  
schaftliche Beziehungen zu diesen Völkern und  
erfreut sich unter ihnen verdienter Hochachtung.

Tatsache ist aber noch etwas anderes. In eini-  
gen Ländern, auch in den USA, gibt es Leute, die  
die Sowjetunion wirklich gern von der übrigen  
Welt abschneiden möchten. Diese Leute bezeich-  
nen jedes ehrliche Interesse für das Sowjetland,  
seine Ideen, seine wirkliche politische Struktur,  
für die schöpferische Arbeit des Sowjetvolkes  
als gefährliche Propaganda. Sie selbst aber ver-  
breiten durch ihre Mietlinge in den Redaktionen  
der zahlreichen, ihnen gehörenden Zeitungen und  
Zeitschriften systematisch Verleumdungen über  
unser Land. In den Rahmen dieser Kampagne  
gehören auch die heuchlerischen Auslassungen  
Anne McCormicks.

N. SERGEJEW



## Höhlenmenschen

Die Wissenschaft zählt den Menschen zur Gattung der Hominiden. Von diesen gibt es mehrere Arten, von den Urmenschen bis zum neuzeitlichen Menschen, dem Homo sapiens. In Italien wurde nach dem Kriege eine neue Art von Hominiden festgestellt, der uomo qualunque, der einfache Mensch. Eine neofaschistische Organisation Italiens nennt sich: Fronte dell'uomo qualunque, Front des einfachen Menschen.

Soweit die Tatsachen erkennen lassen, bezeichnet sich der uomo qualunque zwar als einfachen Menschen, unterscheidet sich von einem solchen aber vor allem durch sein niedriges Kulturniveau. Das geht aus folgendem hervor. Die Zeitung „Italia nuova“, das Organ des monarchistischen Abgeordneten Vincenzo Selvaggi, der den Qualunquisten nahesteht, meldete am 17. April d. J.:

„Wie die Agentur Orbis erfährt, haben die kürzlich mit Propagandaabsichten in Rom eingetroffenen Frauen aus der Sowjetunion hier für 180 Millionen Lire Brillanten angekauft. Dieselbe Agentur teilt mit, daß einige Karabinieri des Reviers San Lorenzo in Lucina (Stadtzentrum Roms) bestraft worden sind, weil sie hierüber Meldung erstattet haben.“

Diese dumme Unterstellung ist von der italienischen Presse bereits widerlegt worden. Ein solcher „Fall“ ist nicht nur nicht vorgekommen, es ist auch keinerlei Meldung von Karabinieri eingelaufen. Die Lügenblase hat sich auf dem faschistischen Sumpf nicht einmal zwei Tage gehalten, sie ist wie alle Sumpfbblasen sehr bald geplatzt.

Und doch lohnt es, diese Verleumdung näher in Augenschein zu nehmen. Die faschistischen Hominiden dichten den Frauen aus der Sowjetunion unermeßliche Reichtümer und primitiven Geschmack an. Für 180 Millionen Lire kann man wahrscheinlich viele Brillanten erstehen und ein paar Frauen wie Götzenbilder damit behängen. Hätten das amerikanischen Millionärsfrauen getan, dann wären die faschistischen Hominiden nicht in Erstaunen geraten. Sie hätten diese Tatsache nicht zu Verleumdungen ausgeschlachtet, hätten sie vielmehr mit ehrfürchtigem Entzücken berichtet, wie es Höhlenmenschen zukommt, die sich vom Glanz der Edelsteine blenden lassen.

Sie haben die Eigenheiten der Frauen von Oberseemillionären einfachen Sowjetfrauen angelastet, und was dabei herauskam, war eine Erdummheit. Die faschistischen Hominiden wollten die Sowjetfrau anschwärzen, in den Schmutz ziehen. Sie glaubten, es am besten zu können, indem sie die Frau des Sowjetlandes als Neuyorker, Montrealer oder Sydneyer Neureiche darstellten.

Es gab Zeiten, da suchten die reaktionären Zeitungen unsere Frauen dadurch zu verleumdern, daß sie ihnen die Eigenschaften der Frauen anderer Länder absprachen. Heute sucht man das gleiche Resultat mit umgekehrten Mitteln zu erzielen: das faschistische Blättchen schreibt der Sowjetfrau Eigenschaften zu, die für die Vertreterinnen der führenden Kreise einiger Länder typisch sind. Das ist natürlich ein Versuch mit untauglichen Mitteln.

Woher kommt diese neue Art von Verleumdung?

Nachdem Sowjetbürger halb Europa von den faschistischen Unterdrückern befreit haben, ist es schwieriger geworden, sie zu verunglimpfen. In jedem Sowjetbürger sehen Millionen Menschen der kapitalistischen Welt die Sowjetunion verkörpert. Dem Sowjetbürger gehört die Aufmerksamkeit, das wohlmeinende Interesse dieser Millionen. Und warum? Weil sie in ihm wahrhaft demokratische Züge erkennen. Seine Schlichtheit ist dem einfachen Volk vertraut und begreiflich. Der Sowjetbürger weckt bei den Menschen des gesamten Erdballs Sympathien, bei den bloß menschenähnlichen Wesen aber weckt er nur Wut.

Die Frau der Sowjetunion genießt im Ausland verdiente Hochachtung. Daher suchen die faschistischen Höhlenmenschen, sie in ihrer Winkelpresse anzuschwärzen, man schreibt ihr den Ankauf von Brillanten zu, eine Beschäftigung, die den im öffentlichen Leben stehenden Sowjetfrauen ebenso fremd ist, wie den Höhlenmenschen die Wesenszüge des modernen Kulturmenschen.

Die Politik, mit der eine Isolierung des Sowjetvolkes angestrebt wurde, hat Fiasko erlitten. Das Sowjetvolk tritt in immer engere Beziehungen zu den Völkern anderer Länder. Das Geschrei von einem „eisernen Vorhang“ verrät die Furcht derjenigen, denen diese Beziehungen nicht geheuer sind. Tausende besuchen das Sowjetland, Tausende von Sowjetbürgern besuchen Westeuropa und Amerika. Sie gehören den verschiedensten Kreisen der Sowjetgesellschaft an. Es sind das Diplomaten, Politiker, Delegierte zu Konferenzen, Kongressen, UNO-Tagungen. Es sind das Gewerkschafter, Vertreter der Arbeiterklasse des Sowjetlandes, die bei der Arbeiterklasse aller Länder gern gesehene Gäste sind. Es sind Jugendliche aus der Sowjetunion, die mit der fortschrittlichen Jugend fast des ganzen Erdballs Bekanntschaft schließen. Es sind hervorragende Sowjetsportler, die auf so vielen internationalen Wettspielen die Palme erringen. Es sind



Sowjetgelehrte, geehrte Mitglieder von internationalen Gelehrtenkongregationen, Vertreter der fortschrittlichen Wissenschaft. Es sind Sowjetschauspieler, Musiker, Komponisten, die der ganzen Kulturwelt bekannt sind. Es sind Sowjetschriftsteller, deren Bücher in vielen Sprachen überall auf der Erde herausgegeben werden. Es sind Sowjetkrieger, Krieger der Befreierarmee, die die Völker Europas aus der faschistischen Sklaverei erlöst hat.

Überall, wo sich die Sowjetarmee aufhält, ist sie ein Bollwerk der wahren Demokratie, ein Freund aller ehrlichen Menschen. Das moralische und kulturelle Antlitz des Sowjetbürgers ist jetzt Millionen jenseits der Sowjetgrenze bekannt, nicht nur aus Büchern und Zeitungen, nicht nur aus Erzählungen, sondern aus dem unmittelbaren persönlichen Umgang.

Es ist das nicht zuletzt die Frau des Sowjetlandes. Man kennt sie, man sah sie in England und Frankreich, in Italien und in den USA. Wel-

chen Eindruck macht sie auf die Umwelt? Das läßt sich aus dem böswilligen Ausfall der italienischen Faschisten sehr wohl erkennen. Sie vertritt offensichtlich den Menschentyp, der dem Typus der Brillanten ramschenden Neureichen genau entgegengesetzt ist.

Das faschistische Blättchen zetert, man treibe „Propaganda“. Was propagiert die Sowjetbürgerin denn durch ihr Auftreten? Demokratische Schlichtheit im Verein mit hohem Intellekt und moralischer Reinheit. Diese Wesenszüge hat die Sowjetfrau mit allen Sowjetbürgern gemeinsam. Die faschistischen Höhlenmenschen aber krümmen sich in ohnmächtiger Wut, wenn sie nur einen Menschen mit höherer Kultur zu Gesicht bekommen. Denn mit dem Sowjetbürger kommt die sozialistische, die Sowjetkultur, das Ergebnis der dreißigjährigen Entwicklung unserer Heimat, nach dem übrigen Europa. Und darum eben handelt es sich.

D. SASLAWSKI

## KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

# Die Koreapolitik der USA

N. OSSIPENKO

DAS ORGAN der USA-Geschäftskreise, „Wall Street Journal“, brachte am 16. Januar d. J. einen Artikel ihres Söuler Korrespondenten Ray Cromley. So manches, was er über die Politik der amerikanischen Besatzungsbehörden in Südkorea berichtet, bestätigt die Tatsache, daß die Entwicklung der Demokratie durch diese Politik keineswegs gefördert wird und daß sie keine Voraussetzungen für die Wiederherstellung eines unabhängigen Koreas schafft.

Wie Cromley ausführt, ist die Militärverwaltung Koreas in einer äußerst schwierigen Lage. Die Bevölkerung stehe der amerikanischen Okkupation feindselig gegenüber. Aus seinen Beobachtungen gelangt man unweigerlich zu dem Schluß, daß diese Feindseligkeit einzig und allein auf das Verhalten der amerikanischen Behörden zum koreanischen Volk und auf die von ihnen geschaffene Ordnung zurückzuführen ist. Diese Ordnung schildert Cromley folgendermaßen:

„Vor der Besetzung... wurde das Land von 200 000 speziell hierfür ausgebildeten japanischen Beamten, Ingenieuren, Technikern, Ärzten und Pädagogen ver-

waltet. Die Hochschulen wurden nur von wenigen Koreanern besucht, noch weniger von diesen gelangten auf verantwortliche Posten in Verwaltung oder Industrie. Schuldirektoren, Zugführer, Stationsvorsteher, Fabrikdirektoren, Polizeichefs waren Japaner. Seitdem sie heimgeschickt worden sind, müssen Amerikaner selbst Züge führen, Schulen leiten und Banken verwalten...

Die Koreaner wollen aber alles selbst tun und nicht unterwiesen werden. Sie nehmen Befehle übel...

„Daß die Offiziere und Soldaten der Okkupationstruppen mit gebildeten Koreanern wie mit Lakaien umspringen, macht die Sache natürlich nicht besser...“, sagte mir ein Oberst der regulären Armee mürrisch.

Ich habe mit vielen Offizieren gesprochen, die eine starke Abneigung gegen die Koreaner hegen und auch kein Hehl daraus machen, ich habe auf der Straße Hunderte von Koreanern ausgefragt. Bitter gekränkt sprachen sie davon, wie die Amerikaner die Koreaner verachten...

Der Korrespondent beklagt sich über den „moralischen Tiefstand der Besatzungstruppen“. Viele Offiziere dächten an nichts anderes, als in die USA oder sonstwohin zu reisen, um nur aus Korea fortzukommen.

Als Hauptmangel bezeichnet Cromley das Fehlen „erfahrener Führer“. Er meint offenbar



Koreaner, auf die sich die Militärverwaltung stützen könnte, die die wahrhaft demokratischen Volkskräfte im Lande nicht aufkommen und nicht zur Macht gelangen lassen will. Cromley stellt fest, daß die amerikanischen Behörden, entmutigt durch den „Mangel an Führern“, „alles selbst zu tun versuchen und Mißerfolge erleiden“. Er schreibt:

„Die politischen Regeln und die ökonomischen Kontrollmaßnahmen, die wir eingeführt haben, sind derart kompliziert, daß sie selbst in einem so an Selbstverwaltung gewöhnten Land wie den USA unweigerlich Fiasko erlitten hätten. Ein Beispiel ist die Wahlprozedur. Alle Koreaner, mit denen ich gesprochen habe, erklärten sie (die Wahlen) für einen Mißerfolg. Ein weiteres Beispiel ist die Reisablieferung... Ein größerer koreanischer Kaufmann erzählte mir folgendes: „Die Militärverwaltung hat die Reisablieferung so geregelt, daß die Bauern entrüstet und erschreckt waren und wenig Reis für die Städte hergaben. Diese Aufbringungsmaßnahmen veranlaßten die Bauern, Reisvorräte aufzuhäufen, sie förderten den Reisschmuggel nach China und Japan, wodurch die Schleichhandelspreise in die Höhe gehen und die Städte in Korea hungern.“

Sehr interessant sind die zitierten Gespräche mit amerikanischen Beamten und Offizieren über die Lage in Korea.

Der amerikanische Gouverneur einer koreanischen Provinz stellt folgendes fest:

„Unsere zweideutige Koreapolitik gibt weder der Militärverwaltung noch den Koreanern selbst eine Möglichkeit, das Land zu verwalten.“

Ein Oberstleutnant, ein gewiegter Politiker aus den Weststaaten, klagt:

„Praktisch helfen wir Korea wenig, auf die Beine zu kommen, werfen aber zuviel mit tönenden Phrasen über Demokratie und Gleichheit um uns.“

Ein amerikanischer Hauptmann sagte gereizt: „Wir sollten abziehen und die Japaner das Land verwalten lassen.“

Über ein Dutzend Offiziere, mit denen Cromley sprach, meinten mißvergnügt:

„Die Amerikaner scheren sich den Teufel darum, was in Korea getan wird.“

Ein amerikanischer Oberst betrachtet Korea „nur als eine Art Schachfigur, die Washington beim Abschluß irgendeines internationalen Geschäfts als Konzession jederzeit opfern kann“.

„Wann werden wir denn wirkliche Politik treiben?“ fragte Cromley den amerikanischen Gouverneur einer koreanischen Provinz.

„Möglicherweise nicht eher“, antwortete dieser, „als bis wir eine Einigung mit Rußland über den Zusammenschluß Koreas erzielt haben.“

Wenig vernünftig, dafür aber absolut offenherrzig war die Antwort eines Generals:

„Unsere Aufgabe ist es, die Russen fernzuhalten.“

Cromley sprach u. a. mit Offizieren, die die amerikanischen Positionen und Perspektiven in Korea nüchtern einschätzen. Ein amerikanischer Hauptmann in Südkorea sagte:

„Die paar tausend Offiziere und Soldaten der Militärverwaltung können das 20-Millionen-Volk Südkoreas unmöglich richtig verwalten. Die Japaner haben hierfür einige Hunderttausend technisch ausgebildeter Leute gebraucht, deren Sprache den Koreanern verständlich ist.“

Ein amerikanischer Leutnant erklärte die Mißerfolge der amerikanischen Behörden bei den Koreanern folgendermaßen:

„Die Militärverwaltung erläutert den Koreanern nicht geschickt genug, was wir tun wollen und welche Gründe wir dafür haben... Wir geben uns die größte Mühe, ihnen unsere Ideen aufzuschwatzen. Wir hängen Plakate aus und schreiben Artikel für die Zeitungen, aber die Koreaner schenken ihnen wenig Beachtung. Den größten Teil dessen, was sie glauben, schöpfen sie aus Gesprächen.“

Cromley weist darauf hin, daß es in Korea sehr wenig einheimische Beamte gibt, die englisch sprechen, daß dort gute Dolmetscher rar sind, daß nur wenige Amerikaner das Koreanische kennen. Er merkt offenbar selbst nicht, daß er sich etwas zweideutig ausdrückt, wenn er schreibt:

„Es fällt den Amerikanern und Koreanern deshalb schwer, sich über so komplizierte Probleme wie Demokratie oder Volkswirtschaft auszusprechen... Infolge dieser Sprachschwierigkeiten ist die Verwaltung nur durch Befehle zu bewerkstelligen.“

Ein Beamter, der seit Beginn der Besetzung in Korea tätig ist, stellte Cromley gegenüber fest:

„Die Offiziere der Militärverwaltung neigen immer mehr zum Befehlen und immer weniger dazu, mit den Koreanern Verwaltungsprobleme zu besprechen.“

Cromley zitiert auch einige Aussprüche von Koreanern, die mit der amerikanischen Verwaltung zusammenarbeiten. Sie sagten ihm, die Militärverwaltung sei vielfach deshalb in eine Sackgasse geraten, weil die Amerikaner Posten nicht mit den geeigneten Koreanern besetzen. Ausschlaggebend seien für sie Kenntnis der englischen Sprache, gute Kleidung und glatte Frisur. Es bedarf keines besonderen Scharfsinns, um zu begreifen, was gemeint ist. Die amerikanischen Behörden trachten danach, sich in dem unglückseligen Land auf Elemente zu stützen, die ihnen sozial nahestehen.

Die koreanischen Beamten erklären die Schwierigkeiten der Militärverwaltung auch damit, daß die amerikanischen Behörden

„...versuchen, Korea durch amerikanische Amateure umzugestalten, die ihre Sache schlecht verstehen und mit Menschen nicht umzugehen wissen“.



Ein Koreaner, der in einer Personalabteilung arbeitet, sagte zu Cromley, viele Amerikaner seien „nicht kompetent und reif genug, um Anspruch auf unsere Hochachtung zu haben“.

Cromley beobachtete einen jungen amerikanischen Beamten bei der Arbeit. Der junge Mann kam frisch vom College, ihm waren koreanische Fachleute mit langjähriger praktischer Erfahrung unterstellt.

„Auf einer langen Nachmittagssitzung wies dieser junge Beamte die koreanischen Sachverständigen nicht nur an, was sie tun sollten, sondern kommandierte sie in einer Weise herum, die sie in ihrer Würde verletzte. Er weigerte sich entschieden, ihre Ansichten anzuhören. Alles mußte auf amerikanische Weise getan werden, so wie er es im College gelernt hatte. Taten sie nicht alles, wie er es wollte, oder mißverstanden sie ihn, so war er außer sich und hieb mit der Faust auf den Tisch.“

Cromley selbst schreibt über das koreanische Volk im Tone äußerster Geringschätzung, wie ein Mensch, der sich als Angehöriger einer höheren Rasse fühlt. Er nennt die Koreaner „ein unwissendes, emotional unausgeglichenes Volk“ und schreibt, die Bevölkerung Koreas dulde „keinerlei Behörde über sich“.

Cromley sucht zwar die Koreaner als ein Volk hinzustellen, das zu einem selbständigen politischen Leben unfähig ist, gleichzeitig aber weist er auf die Autorität und Regsamkeit der progressiven, demokratischen Politiker und Organisationen hin, die er, wie es in der reaktionären USA-Presse nun einmal gang und gäbe ist, als „kommunistisch“ bezeichnet. Aus Cromleys recht unmittelbarer Schilderung der Lage in Korea ist klar ersichtlich, daß das koreanische Volk durchaus nicht gegen eine jede Behörde ist; es will sich nur nicht Gewährleute des ausländischen Imperialismus als Regierung aufzwingen lassen.

In Südkorea leben drei Fünftel der Gesamtbevölkerung des Landes. Die übrigen zwei Fünftel bewohnen Nordkorea. Dies Gebiet steht unter Sowjetverwaltung, hier wird eine ganz andere Politik betrieben. Eine andere Politik aber zeitigt auch andere Resultate.

Obwohl Nordkorea genau so lange besetzt ist wie Südkorea, ist die Demokratisierung und der Wiederaufbau der Volkswirtschaft und Kultur in Nordkorea bedeutend vorwärtsgekommen. Das ist eine unmittelbare Folge der weitgehenden demokratischen Reformen, die der Bevölkerung politische Freiheiten und bessere Lebensbedingungen gewährleisten. In diesem Gebiet — gestern noch eine der unterdrücktesten, rechtlosesten Kolonien des japanischen Imperialismus — ist jetzt das allgemeine Wahlrecht eingeführt und die Gleichberechtigung der Frau gesetzlich erhärtet. Durch freie, demokratische Wahlen sind

örtliche Machtorgane sowie das Volkskomitee Nordkoreas geschaffen worden. Eine Bodenreform wurde durchgeführt, wodurch über eine Million Hektar Land, das japanischen Kolonisatoren und ihren Helfershelfern gehört hatte, 725 000 landlosen und landarmen Bauern zufiel. Die ehemalige japanische Industrie ist verstaatlicht. Der Achtstundentag ist gesetzlich dekretiert, ebenso der Arbeitsschutz und die Sozialversicherung. Das Volkswirtschaftswesen wurde reformiert und in den Schulen das Koreanische wiedereingeführt.

In Korea sind große demokratische Parteien und Organisationen entstanden, so die All-Koreanische Arbeitskonföderation, der All-Koreanische Bauernbund, die Koreanische Nationalrevolutionäre Partei, der All-Koreanische Jugendverband.

Die Lage in Nordkorea läßt äußerst anschaulich erkennen, daß die Bildung einer provisorischen demokratischen Regierung Koreas unter weitgehender Beteiligung der demokratischen Parteien und Organisationen durchaus möglich ist. Ihre Schaffung würde den politischen und ökonomischen Zusammenschluß Koreas zu einem selbständigen, von auswärtiger Einmischung unabhängigen Staat beschleunigen und der Teilung des Landes in zwei Zonen ein Ende bereiten.

Aus dem kürzlich veröffentlichten Briefwechsel W. M. Molotows mit G. Marshall über die Lage in Korea geht hervor, daß die Versuche der Sowjetvertreter, in der sowjetisch-amerikanischen gemischten Kommission die Realisierung eines wichtigen Punkts des Moskauer Abkommens — die Schaffung einer demokratischen provisorischen Regierung Koreas — durchzusetzen, bei den USA auf direkten Widerstand gestoßen sind. Gerade diese Regierung aber sollte, wie durch das Moskauer Abkommen beabsichtigt war, alle nötigen Maßnahmen ergreifen, um die Industrie, das Verkehrswesen und die Landwirtschaft Koreas sowie die nationale Kultur des koreanischen Volkes fortzuentwickeln. Dies wäre die wichtigste Voraussetzung für eine Wiederherstellung Koreas als unabhängigen Staats und für die Entwicklung des Landes auf demokratischer Grundlage.

Wenn von amerikanischer Seite offiziell versichert wird, die USA wollten durch ihre Koreapolitik dem koreanischen Volke behilflich sein, einen unabhängigen demokratischen Staat aufzubauen, so wird das von den Tatsachen nicht bestätigt. Das widerlegen auch die Ausführungen des Korrespondenten des „Wall Street Journal“. Die Schilderungen dieses Augenzeugen sind um so interessanter, als sie unbeabsichtigt enthüllend wirken. Die Logik der Tatsachen, die Logik der Praxis spricht eine beredtere Sprache, als er es in seiner Voreingenommenheit gewollt hatte...



AUS DEM BRIEFKASTEN DER REDAKTION

## Nochmals über das Churchill-Komitee

Vor einigen Tagen erhielt die Redaktion unserer Zeitschrift aus England einen Brief folgenden Inhalts:

„Oxford“,  
Yew Tree Lane,  
Wythenshawe,  
Manchester  
31. 3. 1947

In Nr. 4 Ihrer Zeitschrift vom 24. Januar d. J. schreiben Sie in der „Internationalen Umschau“: „Unter den Mitgliedern der Churchillschen Komitees finden wir die Namen eingefleischter Reaktionäre: Leopold Amery, MP Robert Boothby, Lord Lindsay, Earl Russell...“ Es tut mir leid, daß mangelnde Information Sie zu einem so groben Irrtum veranlassen konnte, den Namen Lord Lindsays mit denen Amerys und anderer in einem Atem zu nennen. Als Student des Balliol Colleges kann ich Ihnen versichern, daß Lord Lindsay, der Rektor von Balliol, durchaus kein eingefleischter Reaktionär ist, daß er vielmehr einiges Wertvolle für die Labourbewegung geleistet hat. Vor kurzem hat er China einen Dienst erwiesen, indem er den Fall der chinesischen Kommunisten vor das Oberhaus brachte.

In Anbetracht der sehr wertvollen Arbeit, die Sie durch Ihre zahlreichen, äußerst aufschlußreichen Nachrichten über internationale Fragen leisten, scheint es mir doppelt wichtig, daß Ihre Zeitschrift von einem so offensichtlichen Mangel frei bleibt, wie ich ihn aufgezeigt habe. In einer Diskussion, die ich kürzlich mit Lord Lindsay hatte, trat ich für Ihre Zeitschrift ein und wies darauf hin, daß Ihre Ausführungen „in der Hauptsache richtig“ sind. Ich bitte, mich nicht zu desavouieren.

Ich wünsche Ihnen denkbaren Erfolg.

Mit besten Grüßen

Ernst Wangermann

Herr Wangermann hat eine Frage angeschnitten, die die Leser unserer Zeitschrift zweifellos interessieren wird.

Rekapitulieren wir kurz, wovon die Rede war. Die erwähnte Notiz erschien in unserer Zeitschrift mit der Überschrift „Neue Kombinationen Churchills“. Es wurde mitgeteilt, daß sich unter dem Vorsitz Churchills in England ein sogenanntes Britisches Komitee des vereinigten Europas gebildet habe. Die Ziele dieses Komitees wurden von seinen Gründern außerordentlich wohlmeinend dargestellt, man sprach von der Sicherung des Friedens und von allgemeiner Prosperität, vom Schutz der Zivilisation usw. Tatsächlich aber segelten unter der Flagge der Vereinigung Europas die alten, von Churchill nach dem Kriege auf

Tapet gebrachten Pläne des berüchtigten „Westblocks“ oder der „Vereinigten Staaten von Europa“.

Einige Vertreter des Komitees suchten die Öffentlichkeit irrezuführen, indem sie behaupteten, das Churchillsche Komitee bemühe sich um die Sympathie und Unterstützung der Sowjetunion. Hiergegen hatte sich der Verfasser der Notiz verwahrt und erklärt, Churchill sei bestrebt, durch die Gründung des Komitees seine auf die „Vereinigung Europas“ gerichteten Pläne über den engen Kreis seiner Gesinnungsgenossen hinauszutragen. Anscheinend ist ihm dies im ersten Augenblick auch bis zu einem gewissen Grade gelungen, da neben bekannten reaktionären Konservativen, wie Boothby oder Amery, sich auch einige Politiker wie Lord Lindsay dem Komitee anschlossen.

Die Redaktion ist gern bereit, ihren ungewollten Fehler wiedergutzumachen und zuzugeben, daß der Name Lord Lindsays nicht neben denjenigen Teilnehmern des Churchill-Komitees genannt werden darf, die in England und über seine Grenzen hinaus als eingefleischte Reaktionäre bekannt sind.

Wir sind gern bereit, die Tätigkeit Lord Lindsays zu begrüßen, wenn sie auf das Wohl der Demokratie und des Fortschritts gerichtet ist. Andererseits jedoch kann die Beteiligung am Churchill-Komitee einem Politiker wohl kaum zur Ehre gereichen. Kennzeichnend ist, daß selbst die Führung der Labourpartei, die mit den Konservativen so gern zusammenarbeitet, besonders in Fragen der Außenpolitik es für angebracht hielt, vom Churchill-Komitee abzurücken und sich gegen die Beteiligung von Labourparteimitgliedern am Komitee auszusprechen.

Wie aus dem Brief von Ernst Wangermann ersichtlich, schätzt die Studentenschaft Englands Lord Lindsay nicht nur als Wissenschaftler, sondern auch als Fortschrittler. Ein solcher Ruf verpflichtet ihn um so mehr, bei seiner Beteiligung an Organisationen oder Maßnahmen deren politischen Sinn, deren Richtung in Erwägung zu ziehen, besonders wenn es sich um Kombinationen Churchills handelt, die sich gegen den Frieden und die Völkersicherheit richten.

Wir sind sehr dankbar für die freundliche Bereitschaft, unserer Zeitschrift bei der Ausmerzung des Irrtums in bezug auf Lord Lindsay behilflich zu sein. Was Herrn Wangermanns Bitte betrifft, ihn „nicht zu desavouieren“, so sind wir der Ansicht, daß eine Zeitschrift, die darauf bedacht ist, die politischen Ereignisse richtig einzuschätzen, ihre Leser nicht desavouiert.



## 20. April

In Japan finden die Wahlen zum Haus der Berater (Oberhaus) statt. Die demokratischen Parteien und Organisationen erhalten ca. 30 Prozent der abgegebenen Stimmen.

## 22. April

Die ungarische Regierung beantragt beim UNO-Sekretariat die Aufnahme Ungarns unter die Vereinten Nationen.

In Bielefeld wird der erste Bundeskongreß der Gewerkschaften der britischen Besatzungszone Deutschlands eröffnet.

In Makassar (Celebes) tritt das mit Unterstützung der englischen und holländischen Truppen gebildete Parlament des Marionettenstaats Ostindonesien zusammen.

## 23. April

Aussprache im Außenministerrat über den Bericht der Sonderbeauftragten betreffend die vereinbarten und nicht vereinbarten Artikel des deutschen Friedensvertrages. G. Marshall und W. M. Molotow geben Erklärungen ab zum Entwurf des Viermächtevertrages über die Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands.

Auf Beschluß der Kuomintang wird die chinesische Regierung reorganisiert. Zum Vorsitzenden des Vollzugsjuns (Ministerkabinetts) wird General Tschangtsun ernannt. Von insgesamt 27 Ministerportefeuilles erhält die Kuomintang 20. Die Demokratische Liga und die Kommunistische Partei treten nicht in die Regierung ein.

## 24. April

Abschluß der Moskauer Tagung des Außenministerrats. Es wird beschlossen, die nächste Ratstagung für November d. J. nach London einzuberufen.

Eine Delegation der tschechoslowakischen Gewerkschaften unter Führung des Parlamentsmitglieds E. Erban, Generalsekretärs des Zentralrats der tschechoslowakischen Gewerkschaften, und des Parlamentsmitglieds F. Zubka, Vorsitzenden des slowakischen Gewerkschaftsrats, trifft in Moskau ein.

In Detroit (USA) treten 500 000 Arbeiter der Automobilindustrie in einen Proteststreik gegen die im

## CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

April 1947

Kongreß zur Verhandlung stehenden arbeiterfeindlichen Gesetzentwürfe.

In Bournemouth wird die Jahreskonferenz der Liberalen Partei Großbritanniens eröffnet.

## 25. April

Der USA-Staatssekretär G. Marshall, der französische Außenminister G. Bidault, der jugoslawische Vize-Ministerpräsident Ed. Kardelj, der jugoslawische Außenminister S. Simić und der englische Außenminister E. Bevin reisen mit ihren Mitarbeitern aus Moskau ab.

Unter Führung Kaaren Fosterholms, des norwegischen Ministers für Kultus und Unterrichtswesen, trifft eine Delegation der Gesellschaft für norwegisch-sowjetische Freundschaft in Moskau ein.

Zur Teilnahme an der Arbeit der sowjetischen und afghanischen gemischten Kommission für die Demarkation der sowjetisch-afghanischen Staatsgrenze trifft eine afghanische Delegation unter Führung von Generalmajor Abdul Kalam Khan aus Kabul in Taschkent ein.

Nach viermonatiger Reise durch die Sowjetunion trifft der chinesische Schriftsteller Maotun wieder in Schanghai ein.

Auf einer Pressekonferenz gibt der stellvertretende jugoslawische Außenminister A. Bebler eine Erklärung zu einem Notenaustausch ab, der zwischen den •Regierungen Jugoslawiens, der USA und Großbritanniens über die Auslieferung jugoslawischer Kriegsverbrecher durch die englischen und amerikanischen Behörden in Europa stattgefunden hat.

Im Haag wird ein bulgarisch-holländisches Handelsabkommen unterzeichnet.

In Japan finden zum zweiten Male nach dem Krieg Unterhauswahlen statt. Die meisten Mandate (143) erhält die Sozialistische Partei (gegen 98 im vorigen Parlament).

Aus Amsterdam geht ein neuer holländischer Truppentransport nach Indonesien ab.

## 26. April

In Moskau wird eine erweiterte Präsidiumssitzung des Allsowjetischen Komitees eröffnet.

In Moskau trifft eine Delegation der Gesellschaft für kulturelle Verbindung Albanien mit der Sowjetunion ein. Die Delegation wird von dem albanischen Wirtschaftsminister N. Spiru, dem Vorsitzenden der Gesellschaft, geführt.

In Minsk trifft Generalmajor Lowell W. Rooks, Generaldirektor der UNRRA, ein.

Die zu Konsultationszwecken in Fragen des österreichischen Vertrages von der Außenministerrats-tagung herangezogene österreichische Delegation unter Führung des Außenministers K. Gruber reist aus Moskau ab.

Die zur Untersuchung der Lage der iranischen Gewerkschaften entsandte Delegation der Weltföderation der Gewerkschaften reist nach Beendigung ihrer Mission aus Teheran ab.

Truman verfügt die unentgeltliche Übergabe von Kriegsschiffen und schwimmenden Trockendocks an China.

Der griechische Marineminister Venizelos ersucht die USA-Regierung um Überlassung von Kriegsschiffen und Hilfsfahrzeugen zum Kampf gegen die Partisanen.

Die Hafenarbeiter von Los Angeles (USA) treten in einen Proteststreik gegen die im Kongreß zur Verhandlung stehenden arbeiterfeindlichen Gesetzentwürfe.

## 27. April

Federico Cantoni, außerordentlicher und bevollmächtigter Gesandter Argentiniens in der Sowjetunion, trifft in Moskau ein.



Auf der Durchreise von Moskau nach London hat der englische Außenminister Bevin in Warschau eine Unterredung mit dem polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz und Außenminister Modzelewski.

Unterzeichnung eines auf drei Jahre befristeten Handelsabkommens zwischen England und Polen.

Die Konferenz der New Yorker Gruppe des Amerikanischen Slawenkongresses beschließt eine Resolution, in der die Einmischung der USA in die Angelegenheiten Griechenlands und der Türkei verurteilt wird.

Verbot der Feier des 1. Mai in Athen.

Solidaritätsstreik der Londoner Hafenarbeiter zugunsten der ausländischen Werftarbeiter von Glas-

gow, die die Wiedereinstellung von 500 entlassenen Arbeitern fordern.

Nach seiner Europareise trifft der ehemalige USA-Vizepräsident Henry Wallace wieder in Washington ein.

In Athen beginnen Verhandlungen zwischen dem dort eingetroffenen Generalsekretär des britischen Trade-Union-Kongresses und Vertretern griechischer Gewerkschaften über die Gründung einer Arbeitskonföderation Griechenlands.

#### 28. April

Eröffnung einer außerordentlichen Tagung der UNO-Generalsammlung in New York zur Erörterung der Lage in Palästina.

N. S. Chruschtschow, Vorsitzender des Ministerrats der Ukrainischen SSR, empfängt den in Kiew eingetroffenen Generaldirektor der UNRRA, Generalmajor Lowell W. Rooks.

Die jugoslawische Skupschtina beschließt das Gesetz über den Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft für die Jahre 1947 bis 1951.

In Jerusalem wird ein Attentat auf Generalmajor MacMillan, den Befehlshaber der englischen Truppen in Palästina, verübt.

#### 29. April

Unter Führung Sándor Ronai, des ungarischen Ministers für Handel und Genossenschaftswesen, trifft eine ungarische Handelsdelegation in der Sowjetunion ein.

Rundfunkrede des USA-Staatssekretärs G. Marshall über die Ergebnisse der Moskauer Tagung des Außenministerrats.

Die zur Teilnahme am 2. Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der sowjetischen Besatzungszone entsandte Delegation der Sowjetgewerkschaften kehrt aus Berlin nach Moskau zurück.



# VERLAGS ANZEIGEN

STAATSVERLAG FÜR POLITISCHE LITERATUR

Neuerscheinungen:

## JOSEF WISSARIONOWITSCH STALIN

### Kurze Lebensbeschreibung

Zweite, verbesserte und ergänzte Auflage.

Verfaßt von G. F. Alexandrow, M. R. Galaktionow, W. S. Krushkow, M. B. Mitin,  
W. D. Moischalow, P. N. Pospelow.

244 S., Rbl. 5,—

## W. M. MOLOTOW — Reden auf der Pariser Friedenskonferenz

Juli—Oktober 1946.

208 S., Rbl. 4,—

## W. M. MOLOTOW — Reden auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Zweiter Abschnitt der ersten Tagung in Newyork  
Oktober—Dezember 1946.

148 S., Rbl. 4,—

DER FRIEDENSVERTRAG MIT ITALIEN.  
Mit Karten. 240 S., Rbl. 6,—

DER FRIEDENSVERTRAG MIT RUMÄNIEN.  
Mit einer Karte. 72 S., Rbl. 2,50

DER FRIEDENSVERTRAG MIT UNGARN.  
Mit Karten. 72 S., Rbl. 2,50

DER FRIEDENSVERTRAG MIT BULGARIEN.  
Mit einer Karte. 64 S., Rbl. 2,50

DER FRIEDENSVERTRAG MIT FINNLAND.  
Mit einer Karte. 60 S., Rbl. 2,50

O. KUUSINEN — *Die Anwärter auf die Vormundschaft über die Völker Europas.* 32 S., Rbl. —,50

Professor J. S. ROSENFELD — *Die Industrie der Vereinigten Staaten von Amerika und der Krieg.* 274 S., Rbl. 8,—

Akademienmitglied W. P. POTJOMKIN — *Die Politik der Befriedung der Aggressoren und der Kampf der Sowjetunion für den Frieden.* 2. Auflage. 48 S., Rbl. —,50

Inhalt: Vom Versailler Frieden bis zum Abkommen von Locarno. Von Locarno bis München. Von München bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges.

J. CAMBON — *Der Diplomat.* Aus dem Französischen übertragen unter Redaktion und mit einem Vorwort von A. A. Trojanowski. (In der Serie „Außenpolitische Bibliothek“.) 88 S., Rbl. 3,—

E. SATOW — *Handbuch der diplomatischen Praxis.* Aus dem Englischen übertragen unter Redaktion und mit einer Einleitung von A. A. Trojanowski. (In der Serie „Außenpolitische Bibliothek“.) 516 S., Rbl. 10,—

Alles in russischer Sprache.



**DIE NEUE ZEIT**

ERSCHEINT WÖCHENTLICH  
IN  
RUSSISCHER,  
ENGLISCHER,  
FRANZÖSISCHER  
UND  
DEUTSCHER SPRACHE

**DIE NEUE ZEIT**

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK  
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN  
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN  
LEBENS.

**DIE NEUE ZEIT**

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-  
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN  
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-  
LICHEN LEBENS.